Alhambra

Zeitung und Programm *Mai/Juni 2014*

alhambra
- grundsätzliches -

Das Alhambra ist eines der wenigen Aktions- und Kommunikationszentren dieser Größe in der BRD, das vollkommen unabhängig von staatlicher oder kommunaler Finanzierung und auch Einflußnahme ist. Es gibt keinerlei Zuschüsse. Alle Gelder, von denen das Alhambra existiert, werden gespendet, oder durch Veranstaltungen, wie z.B. Discos eingenommen. Von den (wenigen) Spenden und den Einnahmen aus dem Getränkeverkauf wird der Unterhalt des Alhambra bestritten. Alle anfallenden Arbeiten werden von Leuten bewältigt, die das in ihrer Freizeit unentgeltlich – oft mit Stress und Nerverei verbunden – tun. Das Alhambra ist vollkommen unabhängig und selbstverwaltet. Die manchmal etwas undurchschaubaren Strukturen machen es für Außenstehende etwas schwierig, die entsprechenden Ansprechpersonen zu finden, die auf Fragen antworten können. Jeden zweiten Freitag im Monat trifft sich das einzige Gremium, das über die Belange des Alhambra entscheiden kann, das„NutzerInnen-Plenum". Auf diesem Plenum sind in der Regel VertreterInnen aller Gruppen, die das Alhambra in irgendeiner Form nutzen. Hier wird Organisatorisches besprochen, also wie der Laden genutzt wird, welche Termine wofür vergeben werden etc. Wenn ihr irgendwelche Veranstaltungen im Alhambra machen, oder das Alhambra in anderer Form nutzen wollt: Das NutzerInnen-Plenum ist der einzige Ort, an dem dies besprochen und auch der entsprechende Termin vergeben werden kann.

Hermannstraße 83 26135 Oldenburg
Tel.: 0441-14402 Fax: 0441-21706489
e-mail: alhambra@alhambra.de
www.alhambra.de

Spendenkonto:
LzO, BLZ 280 501 00, Kto.Nr. 000-430 397

zeitung
-unterstützerinnen-

AK Rote Rispe, ALSO-Plenum, Antifaschistische Aktion OL, Antifa-Café, Antira-Plenum Oldenburg/Blankenburg, Arbeitskreis Asyl, AStA der C.v.O.-Uni, Crush Hour Concerts, Die Überflüssigen OL, DKP OL, „Dritte Welt"-Infozentrum&Laden, Feministisches Plenum, Filmriß, Hochschulgruppe Ausländischer Studierender, Infoladen roter strumpf, Jazzclub Alluvium, NaUnd e.V., Oldenburger Rechtshilfe, Die Linke OL, Rosige Zeiten, Tantifa, Wagenburg Blöder Butterpilz

Die einzelnen Beiträge der Alhambra-Zeitung geben nicht unbedingt die Meinung der UnterstützerInnen wieder. V.i.S.d.P.: F. Kischer

Redaktionsschluss der nächsten Ausgabe:
10. Juni 2014

Eigentumsvorbehalt:
Nach dem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitung solange Eigentum des Absenders/der Absenderin, bis sie der/dem Gefangenen persönlich ausgehändigt ist.‚Zur-Habe-Nahme' ist keine persönliche Aushändigung im Sinne dieses Vorbehalts. Wird die Zeitschrift der/dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden. Wird die Zeitschrift der/dem Gefangenen nur teilweise persönlich ausgehändigt, so sind die nicht ausgehändigten Teile, und nur sie, dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurück zusenden. Der Rest ist auszuhändigen.

Inhalt

Editorial 1
Kurzmeldungen 3

1. mai
Aufruf zum autonomen 1. Mai 7

schwerpunkt: streikunterstützung
Einleitung zum Schwerpunkt 9
Acht Monate Arbeitskampf bei Neupack: Versuch einer Auswertung 10
Der Streik bei Neupack und die Frage der „Streikunterstützung" 16
Verhandlungslösungen 20

klassenkämpfe
Der Krieg gegen das Soziale 23

antifaschismus
Krims Märchen 27

recht auf stadt
Crashkurs Wohnungsökonomie 33

Ankündigungen 37

Editorial

Liebe Freund_innen und
Genoss_innen,

die Mai/Juni-Ausgabe der Zeitung ist für uns immer ein bisschen besonders, weil uns der 1. Mai am Herzen liegt. Als Kampftag der Arbeiter_innen entstanden, ist er heute der Tag, an dem ‚die' Linke nach wie vor auf die Straße geht und ein gutes Leben für alle fordert. Ein Bezug zu Arbeit findet sich mittlerweile jedoch selten. Die autonome 1. Mai Demo in Oldenburg greift das Thema in diesem Jahr mal wieder auf und auch wir wollen unseren Senf dazu geben, indem wir in unserem Schwerpunkt (S. 9-22) auf die Möglichkeiten der Unterstützung von Arbeitskämpfen eingehen.

Das mag erst einmal sehr ‚realpolitisch' wirken; für uns ist die Auseinandersetzung mit Arbeit und den daraus resultierenden Kämpfen aber ein Schritt auf dem Weg zur herrschaftsfreien Gesellschaft, ohne den wir nicht auskommen werden, weil die Revolution nicht einfach so vom Himmel fallen wird und wir Kämpfe brauchen, die an konkrete Lebensrealitäten anknüpfen.

Mit den Texten möchten wir Ideen und Anregungen für (regionale) Kämpfe geben und stellen uns selbst die Frage, wie wir mit Arbeitskämpfen umgehen und wie in der Unterstützung solcher Kämpfe ein Umgang mit Gewerkschaften aussehen könnte. Unsere Ideen zu diesem Schwerpunkt könnt ihr in der Einleitung zum selbigen weiterverfolgen.

Eine Frage, die wir ebenfalls diskutiert haben ist, welche Arbeitskämpfe (wenn überhaupt) wahrgenommen und thematisiert werden, was für Forderungen gestellt werden und wo beispielsweise die Frage nach der Reproduktionsarbeit bleibt. Auch diese wird immer noch in so manchen Kontexten vergessen oder weiterhin unsichtbar gemacht.

Uns ist aufgefallen, dass es uns gerade schwerfällt bei den vielen sozialen Protesten und revolutionären Ansätzen in der Welt inhaltlich wirklich mitzukommen. Wir müssen aufpassen nicht in eine unhinterfragte Protestromantik zu verfallen und uns von den Bildern in den (Mainstream-)Medien blenden zu lassen. Denn nicht jeder Widerstand – auch wenn er sich beispielsweise gegen Bullen und den Staat richtet – ist automatisch emanzipatorisch. In dieser Ausgabe wollen wir zwei große Proteste beleuchten. Zum einen befassen wir uns mit Venezuela, zum anderen mit der Situation in der Ukraine.

In Venezuela gab es in den letzten Wochen massive Proteste von Seiten der Opposition (die vor allem aus Angehörigen der Mittelschicht besteht) gegen die linke Regierung unter Präsident Maduro. Wir halten es für notwendig, diese Proteste aus mehreren Perspektiven zu betrachten. Einerseits ist es nicht damit getan, die Protestierenden einfach als verwöhnte Mittelschichtler_innen abzustempeln – auch wenn sie das zum Großteil zweifelsohne sind und ein Antrieb des Protestes der Erhalt der Privilegien ist. Dennoch steht Venezuela vor ernsthaften sozialen Problemen. So ist das lateinamerikanische Land im letzten Jahr im weltweiten Ranking der Mordraten um einige Plätze nach oben geklettert und die Währung wird durch Inflationen immer weiter abgewertet, wovon besonders die ärmeren Teile der Bevölkerung betroffen sind. Zudem haben die Menschen mit Engpässen bei Waren des täglichen Bedarfs zu kämpfen. Es gibt also Gründe für den Unmut, die sich nicht nur aus dem Erhalt der Privilegien speisen. Andererseits darf man die Protestierenden auch nicht als ein paar ‚rich kids' verharmlosen. Das wird deutlich, wenn man die Verquickung der Opposition mit dem Paramilitarismus betrachtet. In einem Artikel von Dario Azzellini auf den Seiten 23-26 wird neben dieser gefährlichen Verbindung auch die internationale Tragweite der Proteste klar. Nicht nur die rechte venezolanische Opposition hat ein Interesse daran, der ‚Bolivarischen Revolution' ein Ende zu machen; auch die USA, deren Einfluss auf dem Subkontinent angesichts linker Regierungen bedroht ist, kann sich einen Staat, der reelle Alternativen zum globalen kapitalistischen System aufzeigt, gerade vor der eigenen Haustür nicht leisten.

Bisher war der ‚Sozialismus des 21. Jahrhunderts' mit demokratischen Wahlen nicht zu besiegen und so ist es nicht verwunderlich, dass die Opposition nun zu anderen Mitteln greift. Dabei ist ihr Gegner nicht nur die Regierung Maduro, sondern auch die zahlreichen basisdemokratischen Kollektive, denen es gelungen ist, erfolgreich Politik von links und unten zu machen und die nicht so einfach weichen werden. Trotz des großen Rückhalts in der Bevölkerung und vor allem bei den armen Leuten, die von den Umverteilungen der letzten Jahre profitiert haben, stellt sich die Frage, ob Maduro die ‚Bolivarische Revolution' erfolgreich fortsetzen kann. Es wird bezweifelt, dass er ihre verschiedenartigen Strömungen eben-

so zu bündeln weiß, wie sein Vorgänger Chávez. Die Proteste sind nun die erste große Probe, auf die Maduro gestellt wird – und da macht es keine gute Figur, die Protestierenden pauschal als „Faschisten“ zu bezeichnen.

Die zweite Protestbewegung auf die wir in dieser Ausgabe eingehen wollen und die zumindest auf den ersten Blick mächtig Eindruck gemacht hat ist die in der Ukraine. Ursprünglich wollten wir, zusätzlich zu dem Text „Krims Märchen“ auf den Seiten 27-32, einen weiteren Text zu der Lage in der Ukraine abdrucken. Hierbei handelte es sich um den Artikel „Die Bewegung auf dem Maidan“ aus der Wildcat (Nr. 96/ Frühjahr 2014). Leider hat dieser aus Platzgründen nicht mehr in die Zeitung gepasst, soll hier aber nochmal beworben werden. Der Artikel hat sich unserer Meinung nach besonders hervorgetan, weil er abseits binärer schwarz/weiß, gut/böse, pro-westlich/pro-russisch Kategorien auf die beschissene soziale Lage der Menschen in der Ukraine eingeht. Und es ist genau dieser Aspekt, der in den meisten Darstellungen über die Proteste in der Ukraine völlig untergeht. Steht in den Berichten der Aufstieg faschistischer Kräfte oder der imperiale Griff der Großmächte EUropas nach der Ukraine im Vordergrund, so gehen die ursprünglichen sozialen Motive für die Proteste völlig unter. Problematisch aus unserer Sicht daran ist, dass es sich dabei nur um die halbe Wahrheit handelt. Denn auch wenn mit relativer Sicherheit davon ausgegangen werden kann, dass es stimmt, dass zwei Drittel der Protestbewegung sich nicht mit faschistischen Ideologien identifizieren, kann das dennoch nicht über die Tatsache hinwegtäuschen, dass ein Drittel der Protestbewegung dies tut. Hinzu kommt, dass dieses Drittel von den Anderen nicht nur toleriert wird, sondern zugleich zur Speerspitze der Kämpfe avancierte. So legitim die sozialen Proteste in ihrem Ursprung auch gewesen sein mögen, so verachtenswert erscheinen sie unter dem offenen und gewollten Bündnis mit den Faschist_innen und Antisemit_innen. Auch wenn der Artikel in der Wildcat auf die Situation mit den Faschist_innen eingeht und kritisiert, zieht er jedoch nicht zwingend unsere Konsequenz aus der Situation: Und zwar dass Leute, die ein offenes Bündnis mit Faschist_innen eingehen, im Zweifel genauso auf‘s Maul verdient haben, wie die Faschist_innen selbst!

Gleichzeitig wollen wir uns auch nicht an den Lobeshymnen auf die glorreiche Rote ähhh russische Armee anschließen, die zum Teil von der radikalen Linken in Deutschland angestimmt werden. Ja, wir finden es gut, dass sich den Faschist_innen möglichst effektiv in den Weg gestellt wird; Putin und Co. jetzt jedoch als die großen Antifaschisten zu feiern, geht uns da aber doch etwas zu weit. Anscheinend haben einige Leute vergessen, dass in Russland seit kurzem Homosexualität unter Strafe steht, dass es vor allem linke Gruppen sind, die von staatlicher Repression betroffen sind und dass die Antwort der Herrschenden auf rassistische Ausschreitungen in Moskau nicht etwa die Bestrafung von mobwütigen Rassist_innen und Neonazis nach sich zieht, sondern die betroffenen Migrant_innen dafür verantwortlich gemacht werden.

Wie‘s in der Ukraine weitergeht? Wir wissen es nicht... was wir wissen ist, dass die Scheiße seit der ‚Revolution‘ ordentlich am Brodeln ist und es nicht danach aussieht, als ob es in naher Zukunft besser werden sollte.

Des Weiteren findet ihr in dieser Ausgabe einen Text, der sich mit der Ökonomie des Wohnungsmarktes beschäftigt. Der (zugegebenermaßen ziemlich theorielastige) Text zeigt auf, wie sich die Wohnungsökonomie in einigen wesentlichen Punkten von klassisch kapitalistischen Wirtschaften unterscheidet. Auch Oldenburg bleibt sichtbar nicht vom Gentrifidingsbums verschont. Aber wieso interessieren sich eigentlich Investor_innen für ein Viertel am Bahnhof, indem es offenbar neben Güterzuglärm, Viehfuttergeruch und einem manchmal etwas stinkigen Fluss irgendetwas zu holen gibt, weswegen eine Menge Kapital dort hineinpumpt wird und ein beschaulicher Gegenentwurf des Wohnens an den Stadtrand rollen muss? Der Text wird sicher keine zufriedenstellende Antwort auf diese Frage geben, bietet aber eine gute Einführung in die ökonomischen Eigenheiten und Widersprüche des Wohnungsmarktes. Das Ganze wird garniert mit einem Häubchen Perspektive, wie es besser laufen könnte. Lest mehr auf den Seiten 33-36.

So schnell wird es wohl nichts mit der Revolution, umso wichtiger sind die vielen kleinen Schritte auf dem Weg dahin. Lasst euch nicht unterkriegen.

Eure Alhambra-Redaktion

„raise your voice - your body your choice“

Münster Am Samstag den 22. März demonstrierten in Münster 600 Menschen unter dem Motto „raise your voice – your body, your choice“, um feministische Inhalte in die Öffentlichkeit zu tragen. Organisiert von dem Bündnis „Gegen 1000 Kreuze“ war eine zentrale Forderung unter anderem die Legalisierung von Schwangerschaftsabbrüchen, welche nach § 218 StGB immer noch illegal sind und nur unter bestimmten Umständen straffrei bleiben. Weiterhin ging es um das Recht auf Selbstbestimmung in allen Fragen zu Sexualität, eigenem Körper, Geschlecht und Beziehung.

Anlass dazu bot der jährlich stattfindende sogenannte „1000 Kreuze Marsch“ von christlich fundamentalistischen Abtreibungsgegner_innen. Erschreckend viele waren dieses Jahr anwesend, es wurden um die 200 gezählt.

Wie bereits im letzten Jahr war die Polizei überfordert mit der Situation, was sie vor allem aggressiv werden lies. Sie schubsten, schlugen und nahmen recht brutal Menschen fest. Das konnte den Großteil der Protestierenden allerdings nicht davon abhalten den Aufzug, wie gewohnt, mit Konfetti, Kondomen, Glitzer und lautstarken Rufen, Trommeln und Pfeifen zu begleiten. Vereinzelt gelang es Leuten sich unter die Fundamentalist_innen zu mischen und Kondome über die Kreuze zu ziehen.

Erfreulich war, dass der Aufzug die geplante Route abkürzen musste und nicht den gewohnten Rosenabwurf in die Aa vornehmen konnte.

Auch im nächsten Jahr wird es wieder heißen den christlichen Fundamentalist_innen den öffentlichen Raum zu nehmen und feministische Inhalte auf die Straße zu tragen.

Bleiberecht und Nazinerv

Oldenburg Am 15. März fand in Oldenburg die erste Antira-Demo seit einiger Zeit statt. Unter dem Motto „Bleiberecht, Arbeitserlaubnis, freie Wohnungswahl für alle!“ zogen über 100 Aktivist_innen vom Bahnhof über den Julius-Mosen-Platz zum Schlossplatz. Unterwegs wurden Passant_innen durch Rede- und Kulturbeiträge, sowie ein offenes Mikrofon auf die Lage von Geflüchteten in Deutschland aufmerksam gemacht. Ärgerlicherweise nahm sich auch die Oldenburger Kameradschaft „Besseres Oldenburg“ (siehe Alhambra Zeitung März/April 2014 oder antifaelf.blogsport.de) die Demo zum Anlass sich in der unmittelbaren Nähe selbiger zu bewegen, vermutlich

++ Kurzmeldungen ++ Kurzmeldungen ++ Kurzmeldungen ++ Kurzmeldungen ++

mit dem Ziel, einzelne Demoteilnehmer_innen anzugreifen oder zumindest einzuschüchtern. Leider wurden kurz vor dem Eintreffen einer Gruppe engagierter Antifaschist_innen die „besseren Oldenburger“ von der Polizei abgefangen und gestellt. Dies dürfte den Neonazis in diesem Moment jedoch ziemlich gelegen gekommen sein.

Camp auf dem Oranienplatz geräumt

Berlin Am 8. April 2014 wurde das Protestcamp der Geflüchteten auf dem Oranienplatz, in dem viele Menschen gekämpft und gelebt haben, geräumt. Der Räumung vorausgegangen waren Verhandlungen zwischen dem Berliner Senat und den Protestierenden, die seit Januar diesen Jahres liefen. Sie wurden von vielen als Chance betrachtet Teile der Forderungen der Bewegung durchzusetzen und die eigene Lebenssituation zu verbessern. Trotz Skepsis wurde dem Senat in den Verhandlungen von allen Seiten der Protestierenden immer wieder zugearbeitet und Lösungen aufgezeigt. Da aber der Innensenator Henkel und Bürgermeister Wowereit nicht bereit waren einen wirklichen politischen Schritt auf die Protestierenden zuzugehen, hat sich der Senat unter der Verhandlungsführerin, Arbeitssenatorin Kolat, dazu entschieden die Bewegung zu spalten und eine Einigung vorzugaukeln, die gar nicht bestand. Geflüchtete wurden in kolonialer Tradition gegeneinander ausgespielt und immer wieder wurde versucht Unterstützer_innen des Protests als eigentliches Problem darzustellen. Geflüchtete, die der ‚Einigung‘ nicht zustimmen wollten, wurden entmündigt, zum Schweigen gebracht, ihnen wurde mangelnde Dankbarkeit und Maßlosigkeit vorgeworfen. Das letztendliche Angebot des Senats enthält neben einem kurzzeitigen Lagerplatz und eingeschränkter Essensversorgung keinerlei Sicherheiten für die Protestierenden und lässt völlig offen was im Einzelfall passiert. Damit bleibt es weit hinter den Forderungen der Geflüchteten zurück. Dennoch gibt es berechtigte Hoffnungen, dass in einzelnen Fällen die Chancen irgendwann einen Aufenthalt zu bekommen von denjenigen, die auf der Liste stehen, welche beim Senat abgegeben wurde, ein bisschen größer sind als für Menschen, die nicht auf der Liste stehen.
Anders als in den Medien dargestellt, kann von einer friedlichen und freiwilligen Räumung durch die Geflüchteten selber nicht die Rede sein. Geflüchtete und Unterstützer_innen wurden im Vorfeld der Räumung bedroht, bei der Räumung angegriffen und verletzt, sowohl von anderen Geflüchteten, als auch von der Polizei.
Der Oranienplatz ist für viele Menschen zu einem unglaublichen Widerstandsort geworden, um den so lange und so hart gekämpft wurde, dass viele sich der Räumung widersetzt haben. So haben Menschen, die sich der ‚Einigung‘ nicht anschließen konnten und wollten, einen Baum auf dem Oranienplatz besetzt, andere traten in den Hungerstreik. Die Baumbesetzung ist vorüber, der Hungerstreik dauert noch an. Die Proteste, die das Camp am Oranienplatz hevorgebracht hat, werden weitergehen. Neue Formen und Wege des Widerstands entstehen ununterbrochen. Für die weiteren Proteste, wie den Marsch von Straßbourg nach Brüssel im Mai/Juni 2014 und den Kampf gegen die Räumung der besetzten Gehardt-Hauptmann-Schule ist es sehr wichtig, sich damit auseinander zu setzen, warum die Spaltung, die durch den Senat und die Grünen Kreuzberg so forciert wurde, auch wirksam wurde.

++ Kurzmeldungen ++ Kurzmeldungen ++ Kurzmeldungen ++ Kurzmeldungen ++ Kurzmeldungen ++

Anstieg rassistischer Gewalttaten
Seit Anfang 2014 ist in Deutschland durchschnittlich an jedem dritten Tag eine Flüchtlingsunterkunft angegriffen worden. Die Hälfte waren Brandanschläge. Bereits 2013 waren Gewalt- und Propagandadelikte gegen Flüchtlinge und ihre Unterkünfte um mehr als das Doppelte angestiegen. Beispiel Berlin: Mit 16 Fällen gab es in Berlin-Hellersdorf so viele rassistisch motivierte Angriffe wie in keinem anderen Berliner Ortsteil. Ähnlich sieht es in Sachsen aus. Dort meldeten Opferberatungsstellen 223 rechte und rassistische Gewalttaten – die Zahl der Angriffe stieg damit um mehr als ein Drittel gegenüber 2012. In einem Interview mit dem Rheinneckarblog stellt der Sprachwissenschaftler Anatol Stefanowitsch heraus: „Wenn selbst führende Politiker demokratischer Parteien wie Horst Seehofer sagen, man werde sich ‚bis zur letzten Patrone' gegen Einwanderung in die Sozialsysteme wehren, dann müssen wir uns nicht wundern, wenn junge Menschen denken, Gewalt gegen Migranten wäre in Ordnung."
geklaut aus ak 592

Arbeitskampf bei „Fine Food"
Emsdetten Unter dem Motto „Solidarität ist eine Waffe" demonstrierten am 15.3. rund 200 Menschen, davon neben zahlreichen Unterstützer_innen auch etwa 10 Betroffene, gegen die Ausbeutung und Unterdrückung der Arbeiter_innen der zahlreichen Subunternehmen des Geflügelproduzenten Sprehe. Die in der Betriebsstätte des Fleischproduzentens „Fine Food" arbeitenden Menschen, davon viele aus dem ost- und südeuropäischem Raum migrierte, sind in einem Geflecht aus Subunternehmen und Tochter-Konzernen der Sprehe Handels GmbH & Co. KG angestellt und kämpfen für ausstehende Lohnauszahlungen von insolventen Subunternehmen, menschenwürdige Unterbringungen und Löhne nach tariflichen Maßstäben.
Etwa eine Woche nach der Demonstration fand im Rathaus ein Runder Tisch statt, an dem neben zuvor lange passiv gebliebenen Stadtvertretern, Unterstützer_innen aus unterschiedlichsten Spektren, Gewerkschaften und Vertreter_innen des neu gegründeten Sprehe-Subunternehmens NVG teilnahmen.
Zwar konnte eine Abstimmung zwischen NVG und NGG (Gewerkschaft Nahrung-Genuss-Gaststätten) bezüglich der Arbeitsverträge erreicht werden. Es herrscht jedoch weiterhin großes Misstrauen in die spärlichen Bemühungen des Arbeitgebers, zumal kein Fortschritt in Bezug auf die Wohnsituation der Arbeiter_innen und das Drei-Klassen-System aus Festangestellten, Leiharbeiter_innen und Werkvertragsbeschäftigten bei „Fine Food" erkennbar wurde.

Hungerstreik in der JVA Oslebshausen
Bremen Seit Mitte März befinden sich zeitweise bis zu 15 Gefangene der JVA Oslebshausen im Hungerstreik. Sie protestierten damit unter anderem gegen die schlechten Haftbedingungen im Bremer Knast. Vor allem geht es ihnen dabei um die schlechte Qualität des Essens, um mangelnde Bildungsmöglichkeiten innerhalb der JVA , eine zu spät angebotene Schuldnerberatung und Probleme bei der Aufrechterhaltung

++ Kurzmeldungen ++ Kurzmeldungen ++ Kurzmeldungen ++ Kurzmeldungen ++

von intimen Beziehungen durch fehlende Besucherregelungen.
Wie nicht anders zu erwarten kann das Bremer Justizresort dem Protest nichts abgewinnen. So heißt es von dort: „Die Haftbestimmungen werden vom Gesetzgeber geregelt und sind keine Verhandlungssache zwischen Inhaftierten und Anstaltsleitung."
Eine Woche nach Beginn des Hungerstreiks solidarisierten sich ein gutes Dutzend Menschen mit den Gefangenen und zogen mit Megaphon und Transparenten um den Knast. Ansonsten bleibt der Protest weitestgehend ungehört.

Nazikundgebung in Kirchweyhe
Kirchweyhe Etwa 20 Neonazis versuchten am 14.03.2014 in Kirchweyhe eine Gedenkkundgebung für den in einem Streit getöteten Daniel S. durchzuführen. Der Kundgebung, mit der versucht wird den Todesfall politisch zu instrumentalisieren und ein nationalistisches Gedenken zu ritualisieren, stellten sich etwa 150 Antifaschist_innen entgegen. Zwar konnte kein vorzeitiges Beenden der Kundgebung erreicht werden. Jedoch zeigte das Kräfteverhältnis, dass es Interesse daran gibt, den Nazis die ideologische Instrumentalisierung des Todesfalls zu vermiesen.

Erneute Bestätigung der Rechts- Konservativen in Ungarn
Ungarn Am 6. April fand in Ungarn die Parlamentswahl statt. Zwar wurden ein paar Stimmen verloren, aber immer noch stärkste Partei ist die bisher regierende rechtskonservative FIDESZ-Partei mit Viktor Orbán als Premier. Doch nicht schlimm genug, Jobbik die extrem rechte Partei, die offen antisemitisch, antiziganistisch, homophob, neonazistisch und alles noch so bitter erdenkliche ist, hat als einzige Partei im Vergleich zu den Wahlen 2010 weiter Stimmen gewonnen. Sie konnte von 16% auf 20% steigen und ist damit dritt stärkste Partei im Parlament. Als „nicht demokratisch" wertete die Opposition die Wahl, da Orbán erst in seiner letzten Amtszeit das Wahlrecht so änderte, dass seine Partei mit 45% der Stimmen, 67% der Sitze im Parlament besetzen kann. Orbán stellt sich mit seiner Politik gegen die „Multis" mit antisemitischen Untertönen bei gleichzeitig offizieller Distanzierung vom Antisemitismus. Kurz nach der Wahl wurde das Projekt der Regierung ein „Denkmal zur Erinnerung an die Deutsche Besatzung" wieder aufgegriffen, was vor den Wahlen wegen damaligen Protesten auf Eis gelegt wurde. Unter anderem wegen dieses Denkmals, das Horthy-Ungarns Verantwortung für den ungarischen Holocaust leugnet und Tätern und Opfern gleichermaßen gedenken will, boykottieren die jüdischen Gemeinden das Holocaust-Gedenkjahr. Diese Wahl macht nochmals deutlich, dass rechtsoffene bis offen rechte Stimmen eindeutig Fuß gefasst haben.

++ Kurzmeldungen ++ Kurzmeldungen ++ Kurzmeldungen ++ Kurzmeldungen ++

Aufruf zur autonomen 1.Mai Demo 2014

gegen ausbeutung, konkurrenz & kapitalismus

»Arbeit | Geißel der Menschheit | Verflucht seist du bis ans Ende aller Tage | Du, die du uns Elend bringst und Not | Uns zu Krüppeln machst und zu Idioten *nichts gegen Krüppel und Idioten, das ist nur symbolisch gemeint* | Uns schlechte Laune schaffst und unnütz Zwietracht säst | Uns den Tag raubst und die Nacht | Verflucht seist du | Verflucht | In Ewigkeit | Amen

... ja, okay, beten wird`s wohl nicht bringen, auch nicht mit diesem wunderschönen Psalm von Michael Stein, einem poetischen Feind des Lohnarbeitszwangs. Also mal wieder am 1. Mai auf die Straße, für ein Leben ohne Ausbeutung und Unterdrückung und für die Abschaffung des Kapitalismus; gemeinsam mit Millionen anderen, die ihr Leben nun wirklich nicht als das Paradies auf Erden wahrnehmen; überall auf der Welt und natürlich auch hier in der norddeutschen Tiefebene. Seit 1890 geht das nun schon so, ursprünglich als Unterstützung für den durch den vom Haymarket Riot geprägten Kampf der „Federation of Organized Trades and Labor Unions of the United States and Canada“ für eine Arbeitszeitverkürzung – und leider sieht es gerade nicht danach aus, als ob wir in naher Zukunft am 1. Mai ausschließlich flauschigen Sommerfreuden nachkommen könnten. Durch zig Krisen und hunderte Kriege ist der Kapitalismus heute fester im Sattel, als es sich die Leute der „Zweiten Internationale“ bei der Ausrufung des „Kampftages der Arbeiterklasse“ in ihren schlimmsten Alpträumen vorstellen konnten.

Und während in vielen Teilen der Welt zwar keine Revolutionen, aber immerhin ausgewachsene soziale Revolten an der Tagesordnung sind, ist in Deutschland noch nicht einmal ein rebellisches Lüftchen wahrzunehmen. Klar, Deutschland ist aktuell der Krisengewinnler, seit über 100 Jahren imperialistische Großmacht und daher im Gegensatz zu anderen Staaten bereit und fähig um des lieben „sozialen Friedens“ Willen zumindest ein Mindestmaß an Existenzsicherung, Gesundheitsversorgung und Bildung zu garantieren. Und so bekommen die Leute die Gewalt des Marktes weit weniger zu spüren als anderswo. Doch auch hier wird für die Meisten die Kohle knapper, das Leben teurer und der Job stressiger. Während wir also den Gürtel immer enger schnallen müssen, kriegen einige ihn kaum noch zu. So läuft`s halt in der Klassengesellschaft. Ob das vernünftig, gerecht oder sonst was ist, braucht nicht mehr gefragt zu werden.

Denn heutzutage kommt als Antwort auf die Frage „nach dem Leben, dem Universum und dem ganzen Rest“ nicht mehr „Revolution“, „Solidarität“ oder „42“ in Betracht, sondern nur noch „Sozial ist was Arbeit schafft“. Das erübrigt dann eigentlich auch jede Frage. Zum Beispiel die danach, warum der Gewinn nicht unter den Leuten aufgeteilt wird, die irgendwas herstellen, sondern in der Tasche des Chefs landet. Warum uns im Supermarkt hunderte verschiedene Joghurts dargeboten werden, während in anderen Teilen der Welt die Leute kaum etwas zu Fressen haben. Warum Leute malochen gehen müssen, nur weil sie billiger sind als eine Geschirrspül- oder Sortiermaschine. Warum die Leute, die den Tee, Plastik-Tinnef oder die Jeans herstellen, mit Cent-Beträgen abgespeist werden, während wir richtig Schotter dafür hinlegen müssen. Warum man immer länger arbeiten soll, während Millionen ohne Job unter den Schikanen des Arbeitsamtes leiden. Warum es vernünftig sein soll, auf Teile des Lohns zu verzichten, um damit die Kolleg*innen aus einer anderen Firma oder einem anderen Land auszustechen. Warum Leute im Asylverfahren keine Arbeitserlaubnis bekommen und daher in Schwarzarbeitsjobs ohne jegliche Absicherung der Willkür ihrer Bosse ausgeliefert sind. Warum Leute aus Rumänien oder Ungarn in den Südoldenburgischen Schlachtfabriken für Hungerlöhne schuften und dann auch noch mal locker 300 Euro für einen ranzigen Pennplatz abdrücken müssen. Warum eine Kindergärtnerin mal gerade ein Drittel von dem Lohn eines Gymnasiallehrers kriegt oder eine

solidarisch
solidary
dayanışma
solidaire
солидарный

Putzfrau nur einen Fitzel von dem eines Herzchirurgen. Warum Leute, die sich als Zeitarbeiter*innen verkaufen müssen, trotz 40-Stunden-Woche nicht mit der wenigen Kohle überleben können. Warum die reichsten 85 Menschen denselben Reichtum besitzen wie die ärmere Hälfte der Erdbevölkerung zusammen. Warum mit genügend Knete das „Bedürfnis“ nach den neuen Nike Air`s, dem Galaxy S5 oder der 222`er S-Klasse befriedigt werden kann, während ohne Geld selbst das Bedürfnis nach Trinkwasser oder einem Dach über dem Kopf unerfüllt bleibt. Warum deutsche Bauarbeiter*innen mehr mit ihrem sogenannten „Tarifpartner“ gemein haben sollen, als mit Maurer*innen, Dachdecker*innen oder Betonbauer*innen aus Polen, Uganda oder Schweden... – um nur mal einige der Fragen zu nennen, die sich doch zu fragen lohnen.

Und die wirkliche Antwort ist eigentlich auch ganz einfach: Der Kapitalismus, oder mit Marx gesagt die „alte Scheiße”, hat mit Gerechtigkeit und Vernunft so viel zu tun wie Bayern München mit der Abstiegszone. „Konsum“, „Profit“, „Akkumulation“: die Mantras des Marktes; die klingen nicht nur menschenfeindlich, die sind es auch. „Die Maschinerie des Kapitalismus wird mit dem Blut der Arbeiter geölt“, konstatierte einst der Springfielder AKW-Techniker Homer Simpson. Recht hat er. Ebenfalls ins Schwarze traf schon gut 100 Jahre zuvor der Songwriter Heinrich Eildermann mit seinem Evergreen „Dem Morgenrot entgegen“: „Die Arbeit kann uns lehren | sie lehrte uns die Kraft | den Reichtum zu vermehren | der unsre Armut schafft“.

Klar, die Welt kann nun mal nicht perfekt sein und da ist ein gewisses Maß an Arbeit leider immer nötig. Aber nur mal angenommen, wir alle einigen uns darauf was gesellschaftlich nötig ist, nutzen die besten Technologien und teilen die übrigbleibende Arbeit zwischen uns auf, dann ist eine 3,5 Stunden-Woche nicht mehr allzu unrealistisch. Kombiniert mit dem Prinzip „Alle nach ihren Fähigkeiten, alle nach ihren Bedürfnissen“ sähe das Ganze dann doch schon ziemlich rosig aus. Also los geht`s, Faust aus der Tasche und – nur so als Anfang – am 1. Mai auf die Straße. Für eine Gesellschaft, in der Herkunft, Geschlecht und sexuelle Orientierung keine Rolle mehr spielen, in der es kein Oben und Unten mehr gibt, in der alle ein Dach über dem Kopf, genug zu essen und Zugang zu Bildung haben. Mit so wenig Arbeit wie nötig und so viel Luxus wie möglich.«

Einleitung zum Schwerpunkt

In der radikalen Linken sind solidarische Bezugnahmen auf Arbeitskämpfe (mittlerweile) leider eher selten. Wir haben uns zum einen die Frage gestellt, warum das so ist und zum anderen haben wir Beispiele von linker, außerbetrieblicher Unterstützung von Arbeitskämpfen gesucht. Wir sind auf Texte gestoßen, die von Erfahrungen und Versuchen linker Unterstützung von Arbeitskämpfen beim Verpackungshersteller Neupack 2012/2013 und im Einzelhandel 2008 berichten.

Eine Diskussion darüber, warum eine radikale Linke Arbeitskämpfe unterstützen sollte und wie dies konkret aussehen kann, halten wir für wichtig. Für uns sind Arbeitskämpfe unerlässliche und notwendige soziale Auseinandersetzungen und damit ist für uns auch klar, dass eine radikale Linke, die diese Gesellschaft grundlegend verändern will, Arbeitskämpfe nicht ignorieren kann. Stellt sich also - zumindest für uns - hauptsächlich die Frage nach dem „Wie?“. Diese soll auch in diesem Schwerpunkt im Vordergrund stehen.

Jetzt mögen Leute einwerfen, dass Arbeitkämpfe, wie sie von Gewerkschaften geführt werden, doch hauptsächlich dazu dienen, die Beschäftigten mit ein paar Brocken abzuspeisen aber nix am System der Lohnarbeit ändern. Klar, das sehen wir im Prinzip auch so - Arbeitskämpfe gleichen heutzutage eher gut inszenierten Theaterstücken als sozialen Kämpfen oder gar Revolten. Uns geht es um die Beschäftigten und nicht um die Wünsche/Forderungen von Gewerkschaftsfunktionär_innen. Kämpfe müssen geführt werden, wenn die Betroffenen das für notwendig halten und nicht, wenn sie in das politische Kalkül von Funktionär_innen passen. Bei aller berechtigten Kritik an Gewerkschaften wird mensch (momentan) jedoch nicht an ihnen vorbeikommen. Das wirft die Frage auf, wie eine konstruktive Zusammenarbeit zwischen Beschäftigten, Gewerkschaften und autonomen Unterstützer_innen aussehen kann. Damit ist auch schon ein zentrales Konfliktfeld vorgezeichnet: Repräsentation vs. Basisorganisierung.

Nun aber nochmal zurück zu unserer Ausgangsfrage, dem „warum werden Arbeitskämpfe in der radikalen Linken nicht (mehr) wahrgenommen?“. Warum zeigen sich Leute etwa mit Genoss_innen aus Malmö solidarisch, die von Nazis überfallen wurden (das finden wir im übrigen super), aber nicht mit Beschäftigten der Oldenburger Kliniken, die sich in den letzten Jahren immer wieder in Arbeitskämpfen befinden?

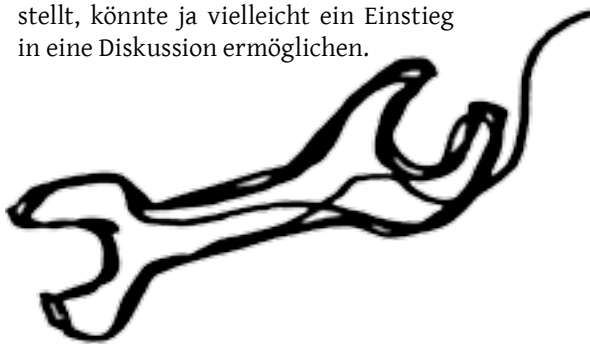
Für uns ist das zum einen Ausdruck einer „Auf-sich-Bezogenheit“ einer hauptsächlich über/als Subkultur organisierten radikalen Linken, die lieber die Parole „Arbeit ist scheiße“ vor sich herträgt und Menschen, die ein Erwerbsarbeitsleben anstreben, verhöhnt, als Lebensrealitäten und damit einhergehende Zwänge, in denen sich Menschen in einer kapitalistisch organisierten Gesellschaft befinden, zur Kenntnis nimmt. Klar ist ersteres viel einfacher, da weniger konfliktbehaftet und widerspruchsärmer als letzteres - hier geht‘s aber auch - wie schon erwähnt - darum, wie ernst es mensch damit meint, die Gesellschaft grundlegend zu ändern.

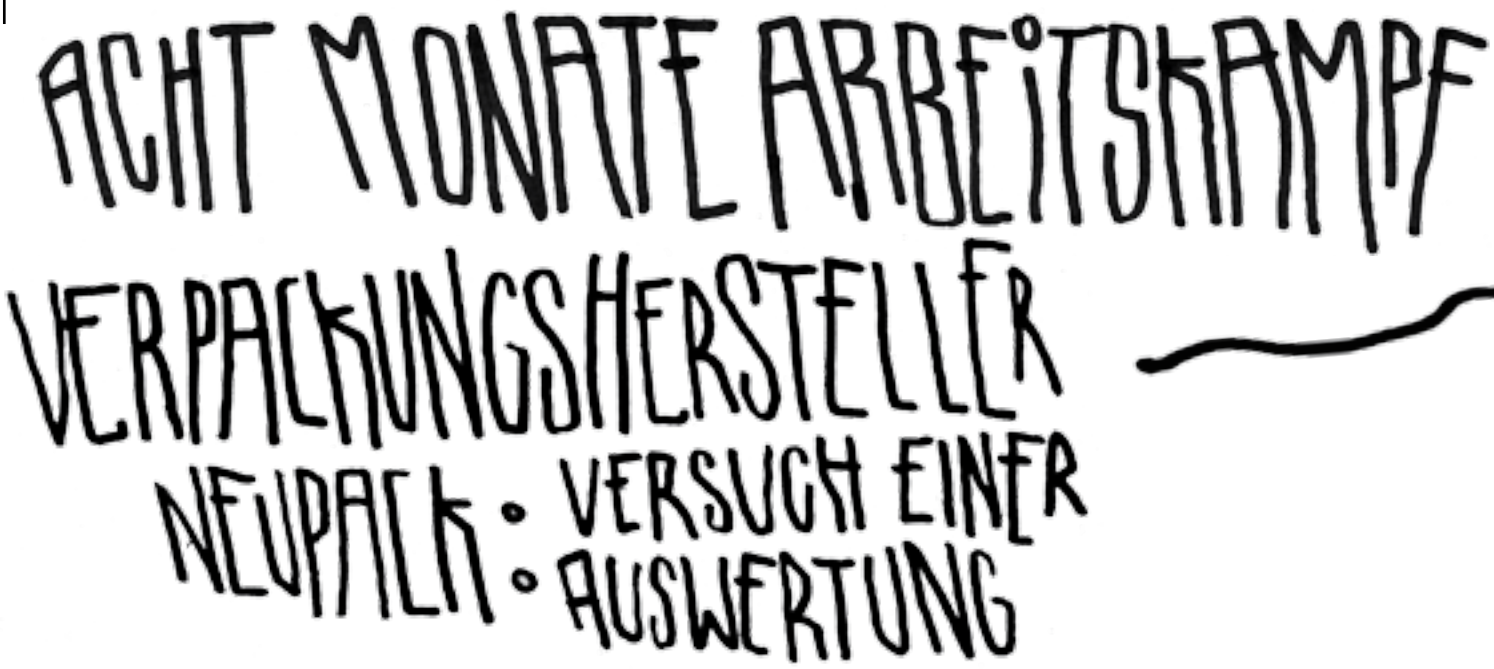
Zum anderen hat es für uns den Anschein, dass sich immer weniger Menschen als lohnabhängig Beschäftigte verstehen und ihre Lohnarbeit nicht als Ausbeutungsverhältnis verstehen. Ein Grund mögen entgrenzte neoliberale Arbeitsverhältnisse sein, die in einem „selbstorganisierten“ und „freien“ Mäntelchen daherkommmen - was nicht selten mit Selbstausbeutung einhergeht. In diesem Kontext erscheinen Arbeitskämpfe dann ziemlich weit weg von der eigenen Realität.

Uns erscheint diese Entwicklung etwas absurd, da es ja in den letzten gut zehn Jahren deutlich schwieriger geworden ist, sich ohne Lohnarbeit durchs Leben zu schlagen. Daher müssen auch die (meisten) Menschen, die sich als (radikale) Linke verstehen irgendwie ihren Lebensunterhalt bestreiten - und das nicht selten zu äußerst prekären Bedingungen. Was läge also näher, als das gute alte Credo der Autonomen Bewegung ernst zu nehmen und Politik aus der eigenen Betroffenheit heraus zu gestalten?

Wir hoffen, mit diesem Schwerpunkt zumindest einen Anstoß geben zu können, sowohl das Thema Arbeit als auch die Frage nach Unterstützung von Arbeitskämpfen wieder stärker in der radikalen Linken verankern zu können. Wir würden uns über Diskussionsbeiträge, aber auch über Erfarungsberichte aus Arbeitskämpfen freuen - auch wir werden versuchen am Thema dran zu bleiben und die Diskussion weiter zu führen.

Der autonome 1. Mai in Oldenburg, der das Thema Arbeit in den Mittelpunkt stellt, könnte ja vielleicht ein Einstieg in eine Diskussion ermöglichen.





Der wahrscheinlich längste Arbeitskampf im Organisationsbereich der IG Bergbau, Chemie und Energie (BCE) seit über 30 Jahren endete mit einer schweren Niederlage für die Gewerkschaft. Dennoch verdient allein die Tatsache, dass diese sehr stark migrantisch geprägte Belegschaft und die zu einem großen Teil zu miesen Arbeitsbedingungen und niedrigen Löhnen Beschäftigten derart lange ihrem Arbeitgeber die Stirn geboten haben, große Beachtung. Allein dies ist bereits ein „Erfolg“, auch wenn die Nachwirkungen des Streiks möglicherweise ernüchternd sein werden. Und obwohl es am Ende nicht gelungen ist, das ausgegebene Streikziel (die „Tari- fierung“ der beiden Betriebsteile in Rothenburg und Hamburg) zu erreichen, erscheint es uns wichtig, die Erfahrungen mit diesem Streik, seinen Potenzialen und Grenzen sowie mit der Solidarisierung „von außen“ zu diskutieren.

Ausgangspunkt: Niedriglöhne, ungleiche Löhne, miese Arbeitsbedingungen

Vorliegender Text soll ein Beitrag dazu sein, wobei es uns in erster Linie darum geht, (verallgemeinerbare) Fragen zu stellen - Antworten auf diese dringenden Fragen nach der Richtung und den Möglichkeiten der Organisierung lassen sich hingegen kaum auf dem Papier finden, auch nicht auf dem vorliegenden. Im Mittelpunkt stehen hier deshalb auch nicht - anders als in anderen Beiträgen zur Diskussion - die Rolle der Gewerkschaft und die maßgeblich von ihr vorgegebene Taktik des „Flexi-Streiks“. Wichtiger scheint uns die Frage danach, welche Konsequenzen sich aus der Analyse und Einschätzung des Neupackstreiks für künftige Auseinandersetzungen, gerade in Niedriglohnbereichen, ergeben. Mit dieser Perspektive versuchen wir uns an einer Auswertung.

Streikziel bei Neupack war ein Haustarifvertrag, der 83 Prozent des Flächentariflohnniveaus in der Chemieindustrie erreichen sollte. Hört sich diese Forderung erst mal wenig radikal an, wird die Dimension des Konflikts deutlich, wenn man sich die bestehenden Lohn- und Arbeitsbedingungen anschaut. In einer Stellungnahme des Arbeitgebers behauptet dieser, dass diese Forderung 30 Prozent über dem bestehenden Lohnniveau liege. Tatsächlich bekommen viele Beschäftigte um die acht Euro Bruttostundenlohn und sind nur durch einen hohen Überstundenanteil und Bezug von staatlichen Transferleistungen in der Lage, über die Runden zu kommen. Bei Neupack wird also in weiten Teilen zu Niedriglöhnen gearbeitet.

Hinzu kommt ein extremer „Ungerechtigkeitsfaktor“: So gibt es Kollegen, deren Lohn seit über zehn Jahren nicht erhöht wurde. Bei vergleichbarer Arbeit bekommen einige Beschäftigte bis zu 50 Prozent weniger als andere. Urlaub und Weihnachtsgeld werden ebenfalls unterschiedlich und willkürlich gewährt, oder wegen angeblich zu hoher Krankenquote reduziert beziehungsweise gar nicht bezahlt. Das ganze bei miesesten und gesundheitsgefährdenden Arbeitsbedingungen. So steigt die Temperatur an den Arbeitsplätzen im Sommer häufig auf bis zu 50 Grad, Absaug- oder Filteranlagen an den Plastik verarbeitenden Maschinen fehlen oder sind unzureichend. Fenster dürfen teilweise wegen Lärm- und Geruchsbelästigung des angrenzenden Wohngebiets nicht geöffnet werden.

Das alles gilt jedoch nur für einen (größeren) Teil der Belegschaft. Innerhalb der Gruppe der etwa 200 Beschäftigten in Rothenburg und Hamburg besteht ein etwa dreißigköpfiger Angestelltensektor; die Angestellten und einige Kollegen in zentralen

Positionen der Fertigung (Schichtführer und Maschinenführer) haben deutlich andere Arbeits- und Entlohnungsbedingungen als die übrige Belegschaft. Gemessen am Flächentarifvertrag in der chemischen Industrie verdienen diese bis zu 140 Prozent des Tariflohns. Dieser Teil der Belegschaft befürchtete von einem Tarifvertrag eine zukünftige Schlechterstellung und fungierte von Anfang an als Streikbrecher. Ob-

wohl sich zunächst zwei Drittel der Maschinenführer am Streik beteiligten, blieb das Problem der unterschiedlichen Interessen innerhalb der Belegschaft von Anfang an und bis zum Ende des Streiks wichtig. Wir kommen darauf in der Schilderung des Ablaufs des Arbeitskampfes zurück.

In den Stellungnahmen der IG BCE und in verschiedenen Presseartikeln wurden die Arbeitsverhältnisse und das Betriebsregime bei Neupack als „von vorvorgestern“ und als „Betriebsführung nach Gutsherrenart“ beschrieben. So eingängig das auf den ersten Blick sein mag, so wenig hat eine solche Interpretation mit der realen sozial- und wirtschaftspolitischen Entwicklung der letzten zwanzig Jahre in Deutschland zu tun. Seit etwa Mitte der 1990er Jahre und bis zum Einsetzen der Krise Ende des letzten Jahrzehnts hat es in kaum einem anderen OECD-Staat eine so schnell wachsende Einkommenspolarisierung gegeben. Etwa ein Drittel aller Beschäftigten arbeitet heute unter prekären Arbeitsverhältnissen und / oder im Niedriglohnsektor. Nur noch etwa 50 Prozent der Arbeitsverhältnisse sind tarifgebunden (bei einer drastisch zunehmenden Zahl von Haustarifen, teils deutlich unterhalb des Flächentarifvertrags). Damit ist in diesem

Zeitraum die Zahl der tarifgebundenen Arbeitsverhältnisse um 20 Prozent zurückgegangen. Neupack ist also weniger ein „Ausreißer“ als vielmehr ein gutes Beispiel für eine allgemeine Entwicklung.

Dazu passt auch, dass die Firma in früheren Jahren als ein Betrieb galt, in dem sich recht gut verdienen ließ. Erst in den letzten zwanzig Jahren setzte der Betrieb zunehmend auf Niedriglöhne im Arbeiterbereich, während die Geschäftsführung gleichzeitig versuchte, sich im Angestelltensektor und einigen strategischen Arbeitsplätzen der Produktion eine loyale Basis innerhalb der Belegschaft zu sichern.

Erst in Folge der oben beschriebenen Entwicklung entstanden in der Belegschaft Überlegungen, sich zu organisieren und dem etwas entgegenzusetzen, was 2003 zur Bildung einen Betriebsrates führte. „Die Zusammenarbeit mit der Geschäftsführung gestaltete sich seit Jahren als äußerst schwierig“, formulierte die BCE in einem Informationsblatt etwas euphemistisch. Tatsächlich wurden die Gründung des Betriebsrats massiv behindert und danach dessen Rechte konsequent ignoriert beziehungsweise bekämpft, bis hin zu fristlosen Entlassungsanträgen gegen den BR-Vorsitzenden oder der ankündigungslosen Stilllegung des Arbeitsplatzes eines anderen BR- Mitglieds während seines Urlaubs. Die Spaltung der Belegschaft drückt sich so auch in der Zusammensetzung des Betriebsrats aus: drei von sieben Betriebsratsmitgliedern stehen explizit auf Seite der Geschäftsführung.

Diese extreme Spaltung der Belegschaft in sehr schlecht bezahlte, teilweise auch prekär beschäftigte Arbeiterinnen einerseits und relativ gut bezahlte, privilegierte Beschäftigtengruppen andererseits ist ein grundlegendes Dilemma, auf das im Zuge des Streiks zu keiner Zeit eine Antwort gefunden wurde. Maßgeblich getragen wurde der Streik von den Niedriglohnarbeiter/-innen.

Der Ablauf des Streiks

Der Streik begann am 1. November 2012, bereits einen Tag nach der Urabstimmung. Allerdings erholte sich die Geschäftsleitung sehr schnell von dieser Überraschung und setzte bereits drei Arbeitstage später die ersten Leiharbeiter als Streikbrecher ein, die anschließend mit befristeten Arbeitsverträgen regulär eingestellt wurden. Mit dem Einsatz dieser externen Streikbrecher und der internen Streikbrecher, die fast alle strategisch wichtigen Positionen im Unternehmen ausfüllten, konnte die Produktion weitgehend aufrechterhalten werden. Lieferschwierigkeiten konnten zudem durch Auftragsvergabe nach außen und Konzentration auf wichtige Großkunden minimiert werden.

Die IG BCE war von einem kurzen Streik ausgegangen. Doch mit ihrer sozialpartnerschaftlichen Grundausrichtung sah sich die Gewerkschaft einem ebenso harten wie patriarchalen Mittelständler gegenüber. Der Unternehmer knüpfte seine Existenz an einen Niedriglohn im Arbeiterbereich, den er durch einen Tarifvertrag gefährdet sah. Spätestens Mitte Dezember wurde der BCE klar, dass dieser Streik nicht so einfach zu gewinnen sein würde; man begann von dem Ziel eines Haustarifvertrags abzurücken und stattdessen eine Betriebsvereinbarung ins Spiel zu bringen.

Ende Januar 2013, nach fast drei Monaten Streik, wurde die Belegschaft dann auf ein neues Streikkonzept eingeschworen. Dabei argumentierte die IG BCE widersprüchlich: Einerseits hieß es, der Streik laufe ökonomisch ins Leere, andererseits wurden Ängste geschürt, der Betrieb könne kaputt gestreikt werden. Durch einen „Flexi-Streik“, einen ständigen und unkalkulierbaren Wechsel von Arbeit und Arbeitsniederlegung, sollte dem Unternehmen jegliche Planungssicherheit genommen werden.

Eine solche Streiktaktik hätte durchaus etwas für sich gehabt, wäre sie so umgesetzt worden. Tatsächlich wurde jedoch nur noch maximal einen Tag in der Woche gestreikt. Zudem waren diese wenigen Streiktage nicht darauf ausgelegt, dem Unternehmen Schaden zuzufügen. Sie hatten eher symbolischen Charakter und wurden zumeist genutzt, um an diesen Tagen Mitgliederversammlungen durchzuführen. Dies führte mit der Zeit zu dem kuriosen Ergebnis, dass der Schaden für das Unternehmen größer war, wenn gearbeitet, als wenn gestreikt wurde, weil durch den Einsatz von inzwischen etwa 60 Streikbrechern die Belegschaft und damit die Lohnkosten deutlich angewachsen waren.

Ab diesem Zeitpunkt ging es der IG BCE nur noch darum, den Konflikt zu beenden und ein irgendwie geartetes Ergebnis zu bekommen. Dabei steckte die Gewerkschaft in dem Dilemma, dass sie bei einer Betriebsvereinbarung auf die Unterschrift des Betriebsrats angewiesen war, der seinerseits lange nicht von dem Ziel eines Tarifvertrags abrücken wollte. In Kauf genommen wurde durch die IG BCE ab diesem Zeitpunkt eine fortschreitende Demoralisierung der Belegschaft. Die Kolleg/-innen sahen sich - wieder am Arbeitsplatz - beinahe schutzlos den Schikanen der Vorgesetzten ausgesetzt. Bereits in der zweiten Flexi-Streik-Woche gab es die ersten Abmahnungen, dann wurden befristet angestellte Kollegen entlassen. Ab März 2013 gab es immer wieder - bis zum heutigen Tag - Kündigungen gegen fest angestellte streikende Kollegen.

Die Belegschaft hat das Abrücken vom Streikziel durch ihr Veto lange hinausgezögert. Letztlich war sie aber nicht in der Lage, dem Kurs der Gewerkschaft durch eigenständige Aktionen etwas entgegenzusetzen. Es kamen zwar kurzzeitig Ideen für eigenständige Streikaktionen auf, jedoch fehlten eigene Strukturen, um dies gemeinsam zu diskutieren und zu planen. Die Drohung

der IG BCE, den Kolleg/-innen in diesem Fall jegliche Unterstützung zu entziehen, genügte, um diesen Überlegungen ein Ende zu setzen. Zwar wurde ein Streikkomitee gewählt, doch es spielte zu keinem Zeitpunkt eine Rolle.

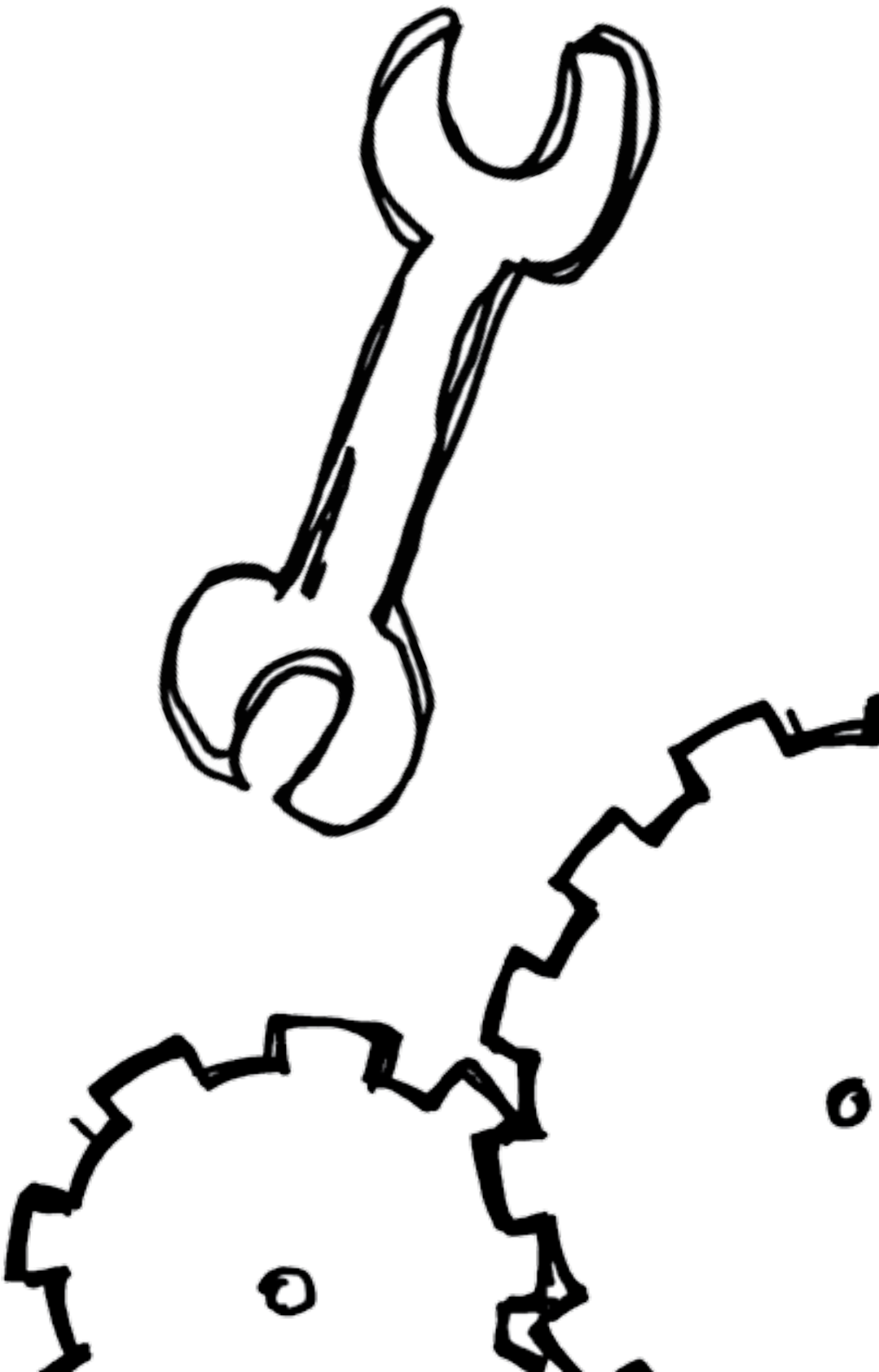
Die fehlende eigenständige Organisierung beziehungsweise fehlende Eigeninitiative der Belegschaft spiegelte sich auch darin, dass der Streik fast ausschließlich von der Mehrheitsfraktion im Betriebsrat getragen wurde und kaum etwas ohne den BR-Vorsitzenden organisiert wurde. Die enorme Verrechtlichung der Arbeitskämpfe in Deutschland trug ebenfalls dazu bei, dass die Streikenden sich als Statisten in einer taktisch geführten Auseinandersetzung wiederfanden. Versuche, Streikbrechern den Zugang zum Betrieb zu verwehren, wurden angesichts sehr restriktiver Entscheidungen des Arbeitsgerichts sofort von den Gewerkschaftsfunktionären reglementiert. Das, was letztlich als „Blockade“ stattgefunden hat, verkam für die Streikenden immer mehr zu einem Ritual, dessen Sinn angesichts der nur wenigen Minuten, in denen man den

Streikbrechern den Zugang verweigern konnte, sehr zweifelhaft wurde.

Mit dem Flexi-Streik endeten auch diese Aktivitäten fast völlig: Die Streikenden bekamen eine SMS aus Hannover, in der sie darüber informiert wurden, wann gestreikt wurde. (Es gab ab Februar ohnehin nur noch wenige Streiktage, die meiste Zeit wurde gearbeitet.) Weder der zuständige BCE-Sekretär noch der BR-Vorsitzende hatten darauf Einfluss. Dadurch, dass die Belegschaft also zu keinem Zeitpunkt wirklich in Entscheidungsprozesse miteinbezogen wurde, wies man ihr eine passive Rolle zu, die kaum überwunden werden konnte.

Zur Diskussion des Streiks

In Zusammenhang mit dem Neupack-Streik können viele Aspekte diskutiert werden. Wir konzentrie-

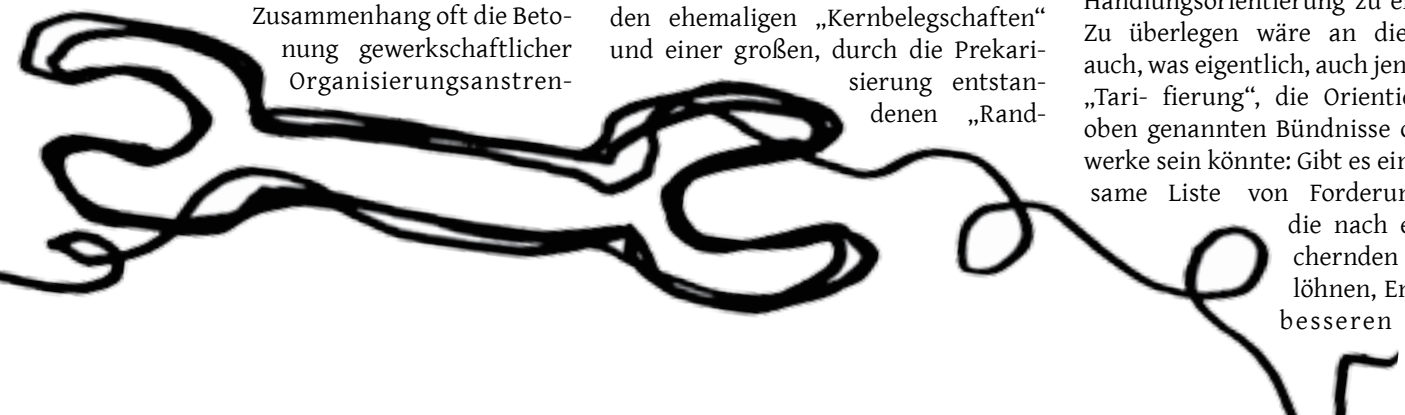


ren uns hier auf zwei Punkte, die aus unserer Sicht auch über diesen Streik hinaus von Bedeutung sind, nämlich die Bedeutung der innerbetrieblichen Spaltungslinien und die weitgehend fehlende Eigeninitiative der Belegschaft.

Es spricht einiges dafür, dass sich die Spaltungslinien innerhalb der Betriebe in den letzten zehn bis zwanzig Jahren eher vertieft und verschärft haben, und zwar nicht nur bei Neupack. Aufweichung der Flächentarifverträge, die Vielzahl von betrieblichen Flexibilisierungsvereinbarungen und „Standortsicherungsverträgen", Outsourcing, Leiharbeit und so weiter stehen für diese Entwicklung. Diese Veränderungen der materiellen Betriebswirklichkeit haben nicht nur die traditionellen Kerne betrieblicher Organisierung geschwächt, sondern sich auch auf das Bewusstsein aller Beschäftigten ausgewirkt. Insofern ist die Situation bei Neupack geradezu exemplarisch.

Natürlich gilt es nach Wegen zu suchen, um die Spaltungslinien in den Betrieben zu überwinden, aber vor dem Hintergrund des Gesagten ist das leichter gesagt als getan, zumindest dann, wenn damit mehr gemeint sein soll als eher moralische Appelle an „gemeinsame Interessen", „Unterstützung der Schwächeren" und so weiter. Die traditionelle Antwort ist in diesem Zusammenhang oft die Betonung gewerkschaftlicher Organisierungsanstrengungen, gerade auch in den Betrieben. Allerdings laufen solche Vorstellungen - etwa zur Bildung eines betrieblichen Vertrauensleutekörpers - Gefahr, sehr abstrakt zu bleiben. In aller Regel orientieren sie sich an Modellen und Formen betrieblicher Organisierung, die inzwischen eben „historisch" sind und die oben skizzierten innerbetrieblichen Veränderungen nicht reflektieren. Einkommenspolarisierung, befristete Verträge, Niedriglöhne, hohe Fluktuation, Schichtarbeit, hohe Arbeitsbelastung und alles zusammen machen eine kontinuierliche organisatorische Arbeit im Betrieb schwierig. Dieses Problem teilt die Neupack-Belegschaft mit vielen „prekari- sierten" Belegschaften - von den Schulen und Universitäten bis zum Flughafen, von den Reinigungskräften bis zu den wissenschaftlichen Mitarbeiter/-innen. Bei Neupack waren die Vorgesetzten beziehungsweise „privilegierten" Beschäftigtengruppen (Schichtführer, Maschinenführer, Angestellte) formal sogar viel besser organisiert als die Streikenden - ihr Organisationsgrad war vor dem Streik deutlich über dem betrieblichen Durchschnitt. In vielen Fällen handelt es sich bei diesen Beschäftigtengruppen faktisch um die Reste der gewerkschaftlich organisierten „Kernbelegschaften". Die Neupack-Erfahrung deutet damit darauf hin, dass die Differenzen zwischen den ehemaligen „Kernbelegschaften" und einer großen, durch die Prekarisierung entstandenen „Randbelegschaft" die tradierten Formen gewerkschaftlicher Organisierung zunehmend in Frage stellen: Die besser gestellten, langfristig beschäftigten und formal höher qualifizierten Beschäftigten haben kein „natürliches" Interesse an einer Solidarisierung, sondern verteidigen tendenziell eher ihren Status beziehungsweise retten sich „bis zur Rente". Das heißt nicht, dass das Ziel einer Organisierung aller Beschäftigter aufgegeben werden muss, wohl aber, dass der Appell, einen langfristig arbeitenden Vertrauensleutekörper zu organisieren, etwas zu kurz greift.

Sinnvoller wäre ein Nachdenken darüber, wie die fehlende Produktionsmacht wettgemacht und die Produktion anderweitig blockiert werden kann, zum Beispiel durch die Organisation von Bündnissen (mit anderen Betrieben, mit Initiativen außerhalb des Betriebs), durch andere Aktionsformen. Eine der strategischen Fragen, die sich für uns aus dem Neupack-Streik ergeben, ist somit die, wie und durch welche Faktoren auch von solchen Belegschaften Druck aufgebaut werden kann, die auf Grund ihrer Position im Betrieb nicht unmittelbar in der Lage sind, die Produktion stillzulegen: Belegschaften, die wegen ihrer prekären Beschäftigungsverhältnisse nur bedingt im Stande sind, eine langfristig angelegte, strategische Handlungsorientierung zu entwickeln. Zu überlegen wäre an dieser Stelle auch, was eigentlich, auch jenseits einer „Tari- fierung", die Orientierung der oben genannten Bündnisse oder Netzwerke sein könnte: Gibt es eine gemeinsame Liste von Forderungen (wie die nach existenzsichernden Mindestlöhnen, Entfristung, besseren Arbeits-



bedingungen), die eine Orientierung für Kämpfe in prekarisierten Bereichen sein könnte? Sicherlich, diese Perspektive scheint angesichts der Schwäche und Fragmentierung kämp- fender Belegschaften im Niedriglohnbereich (noch) weit entfernt von den (gegenwärtigen) Realitäten. Aber ist es nicht ebenso realitätsfern zu glauben, dass der Aufbau traditioneller gewerkschaftlicher Strukturen der Modus ist, in dem die Fragmentierung der Belegschaften überwunden werden kann?

Aus unserer Sicht ist es unstrittig, dass es im Laufe des Neupack-Streiks keinen organisierten innerbetrieblichen oder innergewerkschaftlichen Widerpart gegen die Dominanz der IG-BCE- Zentrale gegeben hat. Genauso wenig hat es einen innerbetrieblichen „Resonanzboden" gegeben, der als Unterstützung, gegebenenfalls auch als Korrektiv gegenüber dem Betriebsrat hätte fungieren können.

Sicherlich haben Statements aus dem Betrieb heraus einen größeren Einfluss auf innergewerkschaftliche Auseinandersetzungen als etwa die Kritik von außerbetrieblichen Unterstützergruppen.

Dennoch halten wir es für eine eher fragwürdige Perspektive, mit innerbetrieblichen Strukturen Einfluss auf innergewerkschaftliche Strömungen nehmen zu wollen oder die Gewerkschaften gar „nach links" verschieben zu wollen. Dies würde zumindest organisierte gewerkschaftslinke Zusammenhänge, insbesondere auch im Haupt- amtlichenbereich, voraussetzen. In Hamburg jedenfalls sind solche Zusammenhänge seit Jahren kaum vorhanden, und wenn, dann sind sie genauso fragmentiert wie die Belegschaften selbst.

Die Zweifelhaftigkeit der Orientierung an innergewerkschaftlichen Kräfteverhältnissen ist kein prinzipielles Argument gegen innerbetriebliche Organisierung. Es stellt sich lediglich die Frage, was der inhaltliche und politische Bezugspunkt solcher Organisierungen sein soll, wenn das „Eingraben im Betrieb", das heißt langfristige und kontinuierliche Organisierungsarbeit in Betrieben mit einem hohen Anteil von prekär Beschäftigten, kaum funktioniert. Auch für die innerbetriebliche Organisierung gilt, was wir in Bezug auf die innerbetriebliche Zerklüftung gesagt haben: Eine Orientierung an klassischen Formen wie Vertrauensleutekörpern oder Ähnlichem bricht sich an den veränderten innerbetrieblichen Realitäten und Interessenkonflikten.

Die IG BCE hat im August 2013 einen Arbeitskampf beendet, der das strategische Ziel hatte, im Niedriglohnbereich Fuß zu fassen und diesen Bereich zu organisieren. Sie beendet den Kampf ohne Tarifvertrag und mit einem eher ernüchternden Ergebnis: Es gibt eine Rahmenbetriebsvereinbarung, in der Tätigkeitsbeschreibungen vorgenommen wurden, die die Grundlage für die Eingruppierung der Neupack-Beschäftigten bilden. Hinzu kommen feste Regelungen für Urlaubs- und Weihnachtsgeld. Dies schafft ein gewisses Maß an Objektivierung, sodass der „Nasenfaktor" ein Stück weit eingegrenzt wird. Dann werden allen Kollegen neue Arbeitsverträge vorgelegt, in denen ihre jeweilige Eingruppierung festgehalten wird. Davon sollen etwa 50 Prozent der Kollegen durch Lohnerhöhungen profitieren, in einzelnen Fällen erheblich. Es wird jedoch keine allgemeine Maßregelungsklausel geben, die einen belastbaren Schutz für jene Kollegen darstellt, die am Streik teilgenommen haben. Es wird also möglich sein, dass Streikteilnehmer/innen noch im Nachhinein mit Kündigungsklagen konfrontiert werden. Speziell der BR- Vorsitzende, den der Kapitalist erklärtermaßen aus dem Betrieb entfernen will, erhält keinen Schutz.

Einiges spricht dafür, dass Neupack und die Erfahrungen des Neupackkampfes durchaus typisch sind: für Spaltungslinien im Betrieb, für fehlende kämpferische Strukturen, für eine eher spontane Organisierung während des Kampfes, für eine Fixierung der betrieblichen Aktivist/-innen auf gewerkschaftliche Ansagen und Vorgaben, für lavierendes und abwiegelndes Gewerkschaftsverhalten und so weiter. Das wäre durchaus eine Erklärung dafür, warum es zwar immer wieder und vielleicht auch immer häufiger zu Streiks und Arbeitskämpfen kommt, diese aber immer wieder vereinzelt bleiben, nicht als Bewegung wahrnehmbar sind und oft als Niederlagen verarbeitet werden. Worauf es demnach unserer Meinung nach ankommt, ist, die taktischen und strategischen Fragen zu beantworten, die unter anderem der Neupack-Streik aufgeworfen hat. Dieser Text ist ein Beitrag dazu, diese Fragen überhaupt einmal zu stellen.

Gruppe Blauer Montag

Hamburg, 28. November 2013

geklaut bei:

Sozial.Geschichte Online 12 (2013)

DER STREIK BEI NEUPACK UND DIE FRAGE DER »STREIKUNTERSTÜTZUNG«

Der Streik beim Verpackungshersteller Neupack in seinen beiden Werken in Hamburg-Stellingen und Rotenburg/ Wümme (insgesamt 200 Beschäftigte, davon zwei Drittel in der Produktion v. a. von Joghurtbechern) wurde geführt unter der Parole »Gerechtigkeit. Gegen die Willkür bei Neupack«. Ziel von Gewerkschaft und Betriebsrat war ein Haustarifvertrag. Dieser sollte 83 Prozent der Lohnsumme des Flächentarifvertrags betragen und Lohngruppenbeschreibungen enthalten, um eine transparentere Eingruppierung der Arbeiterinnen zu gewährleisten.

Der Streik erreichte breite öffentliche Beachtung und eine in Hamburg seit langem nicht gekannte Unterstützung von außen - auch von linksradikalen Kreisen. Es wurde aber kein »Sieg« daraus.

Die Streikenden...

... glaubten, dass sie den Kapitalisten durch ihren Streik treffen können. Dies erwies sich als eine Fehleinschätzung. Die Angestellten beteiligten sich nicht am Streik; von den Maschinenführern, die im Zentrum der Produktion bei Neupack stehen, beteiligte sich nur ein kleiner Teil. Dies war die Voraussetzung dafür, dass die Produktion nach der Einstellung von Streikbrechern relativ schnell wieder hochgefahren werden konnte. Das etwas außerhalb der Produktionsstätten liegende volle Lager wurde überhaupt nicht bestreikt. Eine Blockade des Lagers war weder von der IG BCE (Industriegewerkschaft Bergbau, Chemie, Energie) noch von den Streikenden selbst vorgesehen. Neupack konnte liefern; Engpässe wurden durch Zukäufe überwunden.

Der Streik wurde im Wesentlichen getragen von den einfachen Arbeiterinnen, die meist untertariflich bezahlt wurden und über die immer schlechteren Arbeitsbedingungen klagten. Die Vorarbeiter und Maschinenführer wurden hingegen übertariflich bezahlt. Genau diese Spaltung ist heute in Betrieben sehr häufig anzutreffen. Neupack ist insofern kein Betrieb, der nach »Gutsherrenart« geführt wird, wie das die Gewerkschaft immer ausdrückte, sondern ziemlich »modern«. Dazu gehört auch, dass viele der besser Bezahlten keine formale Qualifikation besitzen, sondern sich hocharbeiten konnten, was ihre große Loyalität gegenüber dem Kapitalisten erklärt. Der Streik war damit nicht so sehr eine Antwort auf eine besonders skandalöse Situation, sondern der Versuch der schlechter bezahlten Arbeiterinnen, in einer gespaltenen Belegschaft ihre Position grundlegend zu verbessern und rechtlich abzusichern. Letztendlich streikten überwiegend die Packerinnen, die alle unterschiedliche Stundenlöhne und ebenso willkürliche Zulagen erhielten.

Ein Erzwingungsstreik hätte eine massive Blockade des Betriebes und des Lagers mit Hilfe von außenstehenden Kräften notwendig gemacht. Dies hätte aber den gewerkschaftlichen Rahmen gesprengt. Das war nicht gewollt - und wahrscheinlich auch nicht möglich.

Dem Streikaufruf der Gewerkschaft folgten ungefähr 40 Arbeiterinnen in Rotenburg und 70 in Hamburg-Stellingen. Sie hofften zunächst auf Stärke und Einheit durch die Organisationsmacht der Gewerkschaft. Als die Gewerkschaft das Ziel »Tarifvertrag« aufgab, fühlten sie sich hintergangen und protestierten. Es entstanden aber zu keiner Zeit eigene Strukturen der Arbeiterinnen. Ausdruck davon ist, dass die konkreten Streikziele nicht diskutiert waren und die Streikenden auch nicht sagen konnten, was denn genau die Inhalte eines Tarifvertrags sein sollten. Eine Diskussion darüber, wer denn von einem Ta-

rifvertrag im Betrieb etwas hat und wer nicht, wurde von Streikenden und Solikreis zurückgewiesen: Dies würde nur die »Einheit« unter den Streikenden sprengen.

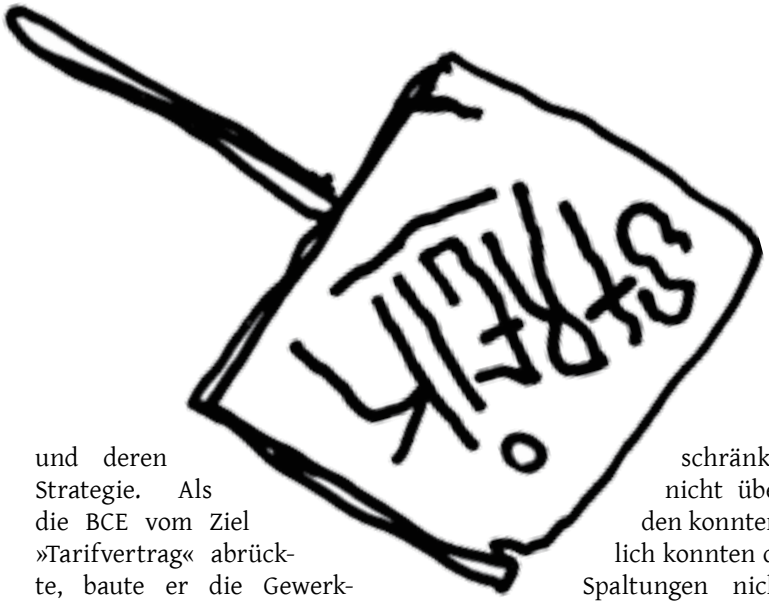
Die Streikbrecher...
... kamen nicht nur aus dem Betrieb. Bereits eine Woche nach Streikbeginn setzte der Unternehmer Streikbrecher aus Polen ein. Die anfangs noch entschlossene Streikkette, die ihnen den Zugang versperrte, wandelte sich nach gerichtlicher Reglementierung zu einem wirkungslosen Haufen. Die späteren Blockadeaktionen waren vor allem von externen Unterstützerinnen getragen; die Streikenden beteiligten sich nur am Rande.

Dabei gelang es nicht, einen gemeinsamen Umgang mit den Streikbrechern zu finden. Während die Streikbrecher aus dem Betrieb mit der Zeit nicht einmal mehr aufgefordert wurden zu streiken, konzentrierte sich alles auf die Streikbrecher aus Polen. Im Januar 2013 stellte Neupack weitere Streikbrecher ein. Spätestens ab da richtete der Streik ökonomisch nichts mehr aus. Mitte Januar wurde bei einer Auseinandersetzung in der Unterkunft der polnischen Streikbrecher in Rotenburg ein polnischer Arbeiter schwer verletzt. Die Polizei ermittelt gegen Arbeiter von Neupack aus Rotenburg. Was auch immer dort passiert ist: Spätestens jetzt hätten die Streikenden und auch der Solikreis die bisherige Strategie gegenüber den polnischen Streikbrechern überdenken müssen. Stattdessen wurde dieses Thema totgeschwiegen.

Die Gewerkschaft...
... hatte anfangs offenbar dieselbe Fehleinschätzung über die Geschlossenheit der Belegschaft und die Auswirkungen eines Streiks wie die Arbeiterinnen. Anders ist nicht zu erklären, dass sie die Strategie eines Erzwingungsstreiks wählte. Die Forderung nach einem Tarifvertrag war der Versuch, möglichst viele unter einen Hut zu kriegen: Untere Lohngruppen anheben, ohne dass die oberen etwas verlieren; die Frage der Prämien ausklammern und vor allem Aufstiegsprozeduren regeln - eine Verrechtlichung, bei der man auf das Entgegenkommen des Unternehmers setzte. Dies klappte aber weder in Richtung der Beschäftigten, noch ließ sich der Unternehmer auf Verhandlungen über einen Haustarifvertrag ein.

Nach einer Unterbrechung des Streiks über die Weihnachtstage änderte die Gewerkschaft ihre Streiktaktik und rief den Flexi-Streik aus: Unter großem Gedöns wurden die Arbeiterinnen wieder in den Betrieb geschickt, um dann wochenweise immer mal wieder zum Streik herausgerufen zu werden. Der Flexistreik war der Versuch, den Streik auslaufen zu lassen, aber noch als Verhandlungspartnerin auftreten zu können. Da nun mit den zusätzlich eingestellten Streikbrechern zusammen viel zu viele Arbeiter im Betrieb waren, entstand zudem die absurde Situation, dass die flexiblen Streiktage ein »Geschenk« für Neupack waren. Der Unternehmer sparte Personalkosten bei gleichzeitig vollen Lagern.

Der Solikreis ...
... hatte sich in Hamburg schon vor Streikbeginn gebildet. Er wollte die Arbeiterinnen in ihrem Kampf bedingungslos unterstützen. Zu Beginn des Kampfes gab es vom Solikreis keinen Widerspruch zur Gewerkschaft(sführung)



und deren Strategie. Als die BCE vom Ziel »Tarifvertrag« abrückte, baute er die Gewerkschaftsfüh- rung als Gegner auf, »die auf Sozialpartnerschaft macht gegen einen kleinen Krauter, der Klassenkampf macht« und die »geschlossene Streikfront der kämpfenden Neupack-Arbeiterinnen« verraten würde. Die Öffentlichkeitsarbeit des Solikreises war ohne Zweifel für die Bekanntheit des Streiks ausschlaggebend. Allerdings war jene auch immer »taktisch« im schlechten Sinne, indem die offenkundigen Probleme des Streiks nicht benannt wurden.

Auch intern war eine Diskussion über Spaltungen und Schwächen des Streiks nicht gewünscht. Problematisch war insbesondere, dass sich die externen Unterstützerinnen, zu denen auch wir gehörten, bei den Blockaden weitgehend auf die polnischen Streikbrecher konzentrierten. Hier hätten wir frühzeitig unseren Unmut äußern sollen.

Eine Streikunterstützung, wie sie der Solikreis vertrat, neigt dazu, stellvertretend für die Arbeiterinnen zu handeln - auch wenn er das Gegenteil behauptet und vielleicht auch will. Der Kreis rutschte schnell in diese Rolle, weil es keine sich selbst organisierenden Arbeiterinnen gab, die versucht hätten, die Situation zu bestimmen.

Grenzen des Streiks

Der Streik bei Neupack hatte zwei Beschränkungen, die nicht überwunden werden konnten: Innerbetrieblich konnten die bestehenden Spaltungen nicht angegriffen und neue nicht verhindert werden. Nach außen konnte der Streik - trotz seiner recht breiten medialen Öffentlichkeit und des Interesses der linksgewerkschaftlichen und linksradikalen Szene in Hamburg - keine »Strahlkraft« erlangen: Die Unterstützung von außen beschränkte sich auf die Szene und Parteienvertreter. Die Streikenden bei Neupack bezogen sich nicht auf andere Auseinandersetzungen; Besuche von Arbeiterinnen aus anderen Belegschaften am Streikzelt blieben minimal und beschränkten sich auf gewerkschaftliche Funktionsträger.

Solidarität

Was wäre die Voraussetzung für eine Überwindung dieser Grenzen gewesen? Eine Verallgemeinerung des Kampfes über diese Grenzen hinaus hätte wirkliche Solidarität bedeutet, die etwas anderes ist als die zahlreiche Solipost. Der Rätekommunist Henri Simon schrieb vor einiger Zeit über die Wirksamkeit von medialer Solidarität: »Die Solidarität in den Kämpfen basiert nicht auf einer Ideologie oder einem Bewusstsein, sondern auf einer wahrnehmbaren Interessengemeinschaft in der alltäglichen Ausbeutung. [...] Solidarität im Klassenkampf ist zuallererst eine Interessengemeinschaft, die ausmacht, dass die Arbeiterinnen in einem gegebenen Moment fühlen, dass ein Kampf ebenfalls ihr eigener Kampf ist, und dass sie eine Macht beugen können, die ihnen gewöhnlich wie eine Mauer gegenübersteht. Der Kampf nimmt daher seine eigene Dynamik an, was man Solidarität nennen kann: Die Solidarität im Klassenkampf ist zuerst Kampf für sich selbst und sein eigenes Interesse, oft weit entfernt von den großen Idealen, mit denen man ihn belegt. Jeder Kampf, so beschränkt er auch sein mag, nimmt seine eigene Dynamik an, und um diese Interessengemeinschaft herum verlängert er sie, verändert sie oder beschränkt sie.« Aus dieser Argumentation spricht einerseits die Erkenntnis der begrenzten Möglichkeiten, von außen Kämpfe wirklich zu unterstützen, andererseits auch die Kritik an allen Gruppen, die den Arbeiterinnen sagen, was sie zu tun hätten. Wenn Solidarität auf eine »wahrnehmbare Interessengemeinschaft« gründet, muss diese gegeben sein und erkannt werden können. Die Bedingungen für eine Verallgemeinerung des Kampfes waren nicht vorhanden, Arbeiterinnen ähnlicher Betriebe nahmen den Faden nicht auf. Die Arbeiterinnen waren in einer schwachen Position - damit sind viele Arbeiterinnen konfrontiert.

Was macht die Schwäche solcher Belegschaften aus? Innerhalb der gesamten Produktionsketten sind es technologisch eher »durchschnittliche« Betriebe mit einem hohen Anteil an angelernten Arbeiterinnen und wenigen »qualifizierten« Anlagen- und Maschinenführern. Innerhalb der Betriebe gibt

es vielerlei Spaltungen (gelernt/ungelernt; hohe Fluktuation; verschiedene Firmen). Die Gewerkschaften - wenn sie überhaupt präsent sind - sind Ausdruck dieser Spaltungen; Tarifverträge schreiben sie fest.

Wie lässt sich aus solchen Ausgangssituationen Stärke im Kampf gewinnen? Welche Lehren können wir aus der Erfahrung bei Neupack ziehen?

Grundsätzlich scheint es sinnvoll zu sein, nicht die Besonderheit, sondern die Allgemeinheit der Probleme und Kampfziele zu betonen. Über eine Skandalisierung kann man zurzeit zwar große mediale Aufmerksamkeit bekommen, aber aus der Opferrolle kommt man dann so schnell nicht mehr raus. Bei Neupack hätte dies bedeutet, nicht die Forderung nach einem Tarifvertrag in den Vordergrund zu stellen, sondern die Kritik der Arbeiterinnen an ihren schlechten Löhnen und ungleichen Arbeitsbedingungen.

Viele Kämpfe in solchen »schwachen« Sektoren kommen ohne Unterstützung von außen nicht aus. Erfahrungen aus den USA (Wal-Mart) und Italien (Streik der Logistik-Arbeiterinnen bei IKEA) zeigen mögliche weitergehende Antworten: Schwache Belegschaftsteile kämpften für sich, mit Unterstützung von außen. Weil sie sich klar positionierten, hatten sie auch eine starke Ausstrahlung. Sie haben nicht darauf gewartet, dass sich andere Arbeiterkategorien anschließen, sondern nach wirkungsvollen Angriffspunkten gesucht. Sie haben sich nicht von den Gewerkschaften das Vorgehen diktieren lassen, sondern versucht, diese zur Durchsetzung ihrer Interessen zu nutzen. Vorausgegangen war dem allerdings ein intensiver Prozess von Organisierung - mit Hausbesuchen und Versammlungen, bevor die Streikfront stand.

Infos zum Solikreis: http://solikreis.blogsport.de

geklaut bei:
Wildcat (95 Winter 13/14)

CHRONOLOGIE

01.11.201: Beginn des unbefristeten Erzwingungsstreiks für einen Haustarifvertrag

06.11.2012: Polnische StreikbrecherInnen nehmen die Arbeit auf; zuerst als Leiharbeiter, später werden sie befristet eingestellt.

Ab Dezember: An einzelnen Tagen Blockade der Tore durch externe UnterstützerInnen

17.01.2013: Letzte Blockadeaktion

24.01.2013: Arbeitsaufnahme und Beginn des Flexistreiks

09.08.2013: Streik offiziell beendet

Streikergebnisse:

- Kein Haustarifvertrag, lediglich Betriebsvereinbarung

- Regelungsabreden zu Funktions- und Tätigkeitsbeschreibungen aller Arbeiter Innen in der Produktion, Vergleichbarkeit der Arbeitsplätze;

- Regelungsabreden zum Urlaubsgeld und den Tätigkeitsgruppen;

- Reduzierung der Wochenarbeitszeit auf 38 Stunden bei vollem Lohnausgleich;

- Stundenlohn jetzt mindestens 9 Euro (zuvor 7,80) bis zu mehr als 18 Euro. Berichtet wird aber auch über Mobbing, Abmahnungen gegen Streikaktivisten und weiterhin unterschiedliche Bezahlung.

Wie kann eine linke Unterstützung gewerkschaftlicher Arbeitskämpfe aussehen?

Jan Ole Arps berichtete in ak 588 von der Tarifrunde im Einzelhandel 2013. Der damals in Aussicht stehende und später realisierte Tarifabschluss wirft bei Unterstützerinnen aus dem linken Aktivistenmilieu die Frage auf, welche Rolle diese in Tarifauseinandersetzungen spielen können, »in denen die Gewerkschaft den Fahrplan bestimmt«. Peter Nowak ging in ak 591 ebenfalls auf diese Frage ein.

Wir sind eine kleine Berliner Gruppe, die sich im Jahr 2007 im Rahmen eines Workshops zu Möglichkeiten und Grenzen einer linken Unterstützung gewerkschaftlicher Arbeitskämpfe zusammengefunden hat. Ein Ergebnis dieses Austauschs waren zwei Erkenntnisse:

1. Die Bedeutung der verbindlichen, prozessorientierten Zusammenarbeit. Eine Unterstützergruppe, die keine tragfähige Verbindung zu den Streikenden besitzt, die notwendig ist, um politischen Druck und Belastungen gemeinsam auszuhalten, kann keine gemeinsame Aktion mit den Streikenden organisieren. Denn genau diese Situation bringt ein Streik mit sich. Eine längerfristige oder verbindlichere Beziehung zu gewerkschaftlichen Betriebsgruppen oder betrieblichen Aktiven, zu Gewerkschaftssekretärinnen und/oder gewerkschaftlich organisierten Betriebsrätinnen ist für eine erfolgreiche Bündnisarbeit eine notwendige Voraussetzung.

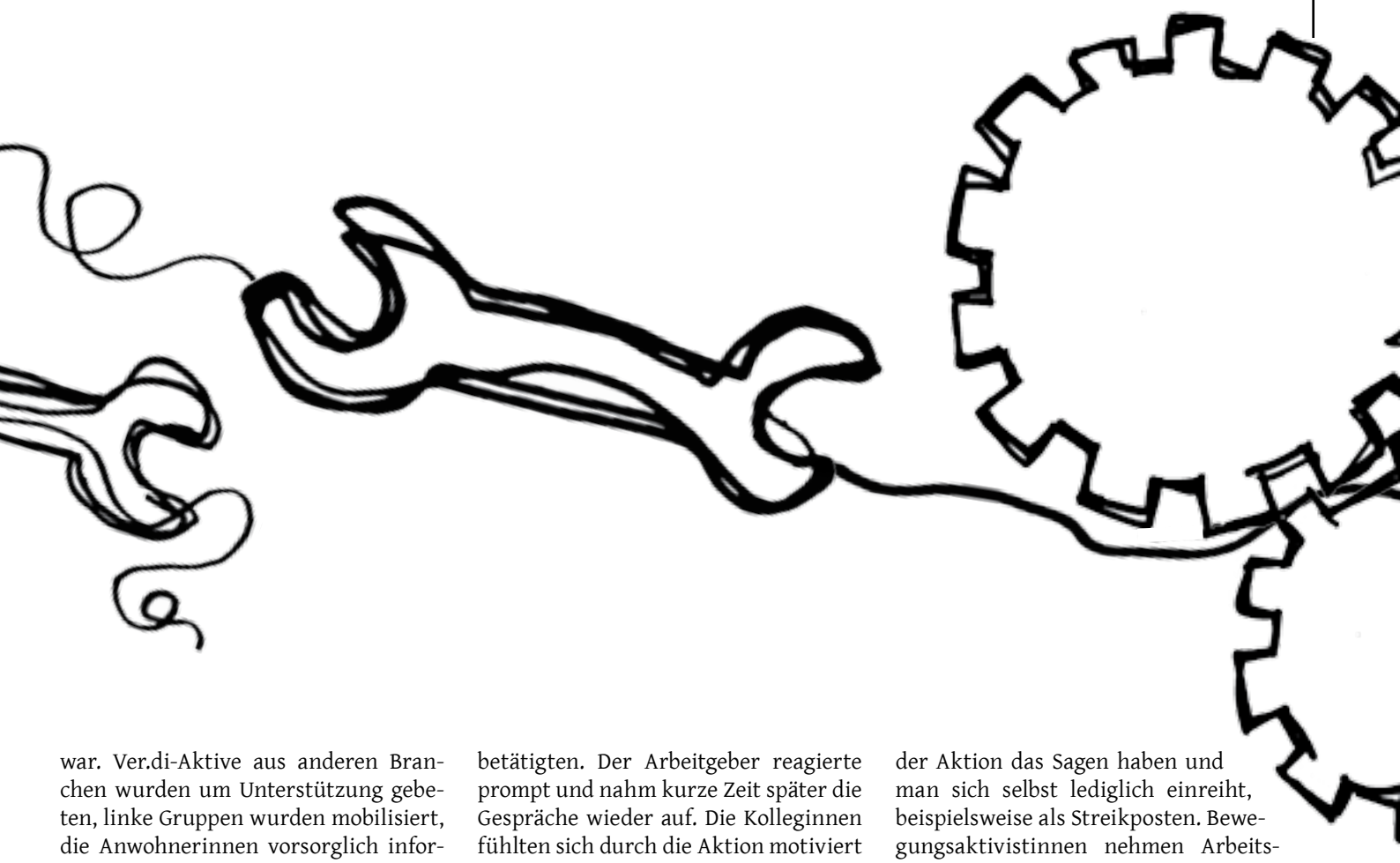
2. Die Notwendigkeit, die eigene Rolle zu klären. Wie begreifen wir uns und die anderen? Machen wir als linke Bewegungsaktivistinnen nur dann bei einem Streik mit, wenn wir genau so viel zu sagen haben wie die Kolleginnen, um deren Lohn und Arbeitsbedingungen es geht? Und wer ist »die Gewerkschaft«, die laut Jan Ole Arps in der Regel »das Sagen hat«?

Dichtmachen - ein Supermarkt wird blockiert

Motiviert durch den Workshop überlegten wir, wie wir in der damals festgefahrenen Tarifauseinandersetzung im Einzelhandel eine produktive Rolle spielen könnten. So entstand die erste Idee zu der späteren Dichtmachen-Aktion, bei der im Juni 2008 ver.di-Aktive, streikende Beschäftigte und linke Unterstützerinnen in Berlin eine Reicheltfiliale »blockierten«. Der Handelsverband Berlin-Brandenburg ging seinerzeit gerichtlich gegen die Aktion vor, sprach von »Streikexzess« und »unverhältnismäßiger Behinderung« des Geschäftsbetriebs. (Siehe ak 530)

Zentral für das Gelingen der Dichtmachen-Aktion war die Zusammensetzung des Vorbereitungskreises: Gewerkschaftssekretärinnen, gewerkschaftlich organisierte Kolleginnen aus dem Einzelhandel und Bewegungsaktivistinnen, die teilweise in ver.di organisiert waren, besprachen Ideen, wie man die Tarifrunde weiter gestalten könnte. Der damalige Tarifkonflikt war zäh, der Arbeitgeber war nicht verhandlungsbereit, die aktiven Kolleginnen waren ausgelaugt. Neue Ideen und Kampfformen mussten gefunden werden, um einen Stimmungswechsel zu erzeugen. Die Kolleginnen hatten zuvor bereits eigenständig Flashmobs organisiert, bei denen sie den Verkaufsablauf in bestreikten Filialen störten.

Auf mehreren Kreativtreffen entstand dann die Idee, einen Supermarkt einer Kette, deren Beschäftigte vergleichsweise gut organisiert waren, effektiver zu blockieren, als es durch das reine Fernbleiben von der Arbeit möglich



war. Ver.di-Aktive aus anderen Branchen wurden um Unterstützung gebeten, linke Gruppen wurden mobilisiert, die Anwohnerinnen vorsorglich informiert, eine Presse- und Medienstrategie abgesprochen, mit ver.di-Anwältlnnen geredet. Die Tarifkommission war in die Aktion ebenso einbezogen, wie die zuständigen ver.di-Betriebsräte. Alle ließen sich auf das Experiment ein und vereinbarten einen gemeinsamen Aktionskonsens. Ziel war es, möglichst offensiv den Supermarkt für den Tag zu bestreiken. Die physische Anwesenheit der vielen Streikenden sollte den Zugang zum Einkaufen behindern. So sollte eine möglichst hohe Sichtbarkeit des Streiks für die Kundinnen, ein spürbarer finanzieller Umsatzverlust für die Filiale und eine breite mediale Präsenz des Tarifkonflikts erreicht werden.

Vor Ort hatte die Polizei groß aufgefahren und bereits vorab Stimmung gemacht, jetzt komme die »Kreuzberger Szene«. Die Supermarktkette hatte extra für den Tag einen Sicherheitsdienst angeheuert, Anspannung lag in der Luft. Im Ergebnis waren von 6.30 Uhr bis ca. 10.00 Uhr etwa 100 streikende Kolleginnen vor Ort und etwa 50 Bewegungsaktivistinnen, die sich kreativ im Dichtmachen von Ladeneingang und Zufahrt betätigten. Der Arbeitgeber reagierte prompt und nahm kurze Zeit später die Gespräche wieder auf. Die Kolleginnen fühlten sich durch die Aktion motiviert und gestärkt.

Dichtmachen hat gezeigt: Spielräume in Arbeitskämpfen zu finden und sich darin aktiv einzubringen, ist möglich. Das Bündnis bot den Raum für eine direkte Auseinandersetzung zwischen SPD-na- hen ver.di-Betriebsrätlnnen und linken Gruppen: klassische Bündnisarbeit, bei der mit der Taktik »wer setzt sich durch« nichts zu gewinnen ist. Nur wenn sich beide Seiten auf ein gemeinsames Ziel einigen können und das Interesse haben, etwas zusammen hinzubekommen, sind vertrauensvolle Absprachen möglich. Ist es gut gelaufen, ist eine Basis für weitere gemeinsame Aktionen entstanden.

Schiefe Bilder über Arbeitskämpfe

Eine gemeinsame Aktion, so verstanden, ist etwas völlig anderes als reine Unterstützung. Die ist auch legitim, z.B. aus Zeit- oder Ressourcenmangel, denn der beschriebene Prozess ist nicht immer herstellbar. Dann muss man jedoch in Kauf nehmen, dass die originär Betroffenen und die Organisatorinnen der Aktion das Sagen haben und man sich selbst lediglich einreiht, beispielsweise als Streikposten. Bewegungsaktivistinnen nehmen Arbeitskämpfe häufig entlang der Einteilung in Beschäftigte vs. Gewerkschaft vs. Unterstützerinnen wahr. Die Gewerkschaft ist in diesem Szenario »der Apparat«, dem »die Unterstützerinnen« aufgrund historischer Erfahrungen in der Regel mit Misstrauen begegnen. Historisch und politisch ist die Rolle der Gewerkschaften auch immer widersprüchlich: Gewerkschaften haben auch eine gesellschaftliche Funktion als Ordnungsfaktor. Sie sind aber gleichzeitig eine die Revolte (mit-)organisierende Kraft. Sie beinhalten diese Widersprüchlichkeit und sind damit ein wichtiger Ort der Auseinandersetzung um eine soziale Bewegung.

Gewerkschaftshauptamtliche bewegen sich im Spagat zwischen dem Aufbau kämpferischer Betriebsgruppen und einer hierarchisch aufgebauten Organisation sowie Arbeitgeberinnen, die sich freuen, ihnen Prozesse wegen Regressansprüchen anzuhängen. Das macht sie oft zu vorsichtig.

Organisierte Kolleginnen müssen jeden Tag mit ihrem Arbeitgeber klarkommen

und auch mit ihren anderen, oft nicht organisierten Kolleginnen. Das macht auch sie immer mal wieder sehr vorsichtig. Genau an dieser Stelle müssen wir gemeinsam lernen, wie ein Umgang mit dieser schwierigen Situation aussehen kann. Unterstützerinnen kommen von außen, meinen bisweilen, eine besonders klare Analyse, die radikal richtigen Forderungen, die radikal richtige Strategie zu haben — alles im Gegensatz zum »Ge- werkschaftsapparat«. Doch sind es Trup- penführerlnnen ohne Truppen, denn sie fragen oftmals nicht, was die Kolleginnen in der Breite wollen und nicht nur die wenigen aktionsbereiten Kolleginnen, mit denen sie in der Regel zu tun haben. Sie müssen auch nicht die Scherben aufkehren, wenn der Streik verloren und vorbei ist.

Bei dieser schematischen Betrachtung landen wir immer wieder bei den existierenden Bildern: Die Hauptamtlichen sind durch ihren Apparat gebunden, die Beschäftigten durch ihre Angst gehemmt, die Unterstützerinnen sind diejenigen, die frei von Zwängen die politisch richtigen Forderungen aufstellen können. Aber so einfach ist der Arbeitskampfalltag nicht.

Wer ist »die Gewerkschaft«?
Beschäftigte organisieren sich in der Gewerkschaft aufgrund ihrer Lohnarbeitssituation. Diese organisierten Kolleginnen sind auch »Gewerkschaft«. Ihre größten Probleme sind der Arbeitgeber und die (Masse von) nicht-organisierten Kolleginnen. Organisierte Kolleginnen sind im Gewerkschaftsapparat sehr wirkungsmächtig — erst recht, wenn es gut organisierte Betriebsgruppen sind, in denen sich auch Personal- oder Betriebsräte einbringen. Es gibt diese Betriebsgruppen in einigen Bereichen noch, auch wenn sich viele leider nicht entlang von linken Ideen organisieren. Im »Apparat« sind an der Basis (auf der Ebene der Betreuungssekretärinnen) wie im Mittelbau (auf der Ebene der Fachbereichsleitungen) Aktivistinnen vertreten, die großes Interesse an einer Zusammenarbeit mit anderen politischen Akteuren haben. Auf der Ebene der Unterstützerinnen gibt es ebenfalls lohnabhängig Beschäftigte. Viele von ihnen sind Gewerkschaftsmitglieder.

Die Tarifauseinandersetzungen im Einzelhandel 2008 und 2013 haben gezeigt, was möglich ist: Streikversammlungen, auf denen auch noch-nicht-Mitglieder und Aktionsbündnisse einbezogen werden, kreative Streikformen (weil ein Erzwingungsstreik nicht möglich ist) von Flashmobs bis zu »Reinrausstreiks«, kurz: eine aktive und partizipative Streikkultur.

Unser Plädoyer ist daher, sich wechselseitig ernst zu nehmen und in den Rollen nicht festzuschreiben. Sich die Zeit zu nehmen, die Ausgangslage der Kämpfe zu begreifen, das darin existierende Kräfteverhältnis und die gewerkschaftliche Stärke oder Schwäche zu realisieren. Schließlich sollten die Auseinandersetzungen als Aufbauprozess begriffen werden und nicht als die ultimative Entscheidungsschlacht. Wir müssen die kollektiven Räume suchen und herstellen, in denen gemeinsame Auseinandersetzungen möglich sind.

Gruppe Wasnun?!

Wasnun?! ist eine Berliner Gruppe, die unter anderem an der Schnittstelle von sozialer Bewegung und Arbeitskämpfen nach neuen Wegen der Zusammenarbeit sucht.

geklaut aus: analyse und kritik 592

Der Krieg gegen das Soziale

Gewaltsame Destabilisierung und Paramilitarismus hängen in Venezuela eng zusammen

In deutschen und internationalen Medien ist immer noch von „Protesten“ in Venezuela und „Toten bei Protesten“ zu lesen – doch mit dem, was gemeinhin als „Protest“ verstanden wird, haben die Aktionen kleiner, bewaffneter, agiler Gruppen seit spätestens Anfang März nichts mehr gemein. Nachdem die gewalttätige Mobilisierung der Opposition, die Anfang Februar begann und von einer beispiellosen internationalen Medienkampagne begleitet wurde, ihr Ziel des Sturzes der Regierung in Venezuela nicht erreichen konnte, sind die Aktionen zunehmend in Terrorismus übergegangen. Zwar war Gewalt von Beginn an Teil der oppositionellen Mobilisierung, denn es sollte ja vom Staat oder von der chavistischen Basis eine gewalttätige Reaktion provoziert werden, die weitere Schritte – von der internationalen Isolation bis zu einer Intervention – rechtfertigen würde, doch trotz zahlreicher Morde an Sicherheitskräften, Regierungsanhängern und Unbeteiligten hielten sich sowohl die Ordnungskräfte als auch die Basis des Transformationsprozesses zurück. Die Provokation gelang nicht.

Im Laufe des Monats März sind die „Unruhen“ zu Aktionen von kleinen Gruppen geschrumpft, die in etwas mehr als einem Dutzend Verwaltungsbezirken aktiv sind. Ihre Ziele und Methoden entsprechen immer deutlicher den traditionellen CIA-Vorgaben für einen Zermürbungskrieg, ähnlich dem, der auch gegen das sandinistische Nicaragua in den 1980er Jahren geführt wurde. Von den 37 Personen, die bis am 28. März in Verbindung mit den oppositionellen Aktivitäten getötet wurden, gehört nur eine Minderheit der Opposition an, davon sind wiederum die meisten von anderen Oppositionellen beziehungsweise von Unbekannten umgebracht worden oder bei Unfällen ums Leben gekommen.[1] Acht der Opfer sind Angehörige von Sicherheitskräften (Nationalgarde und Polizisten). Sie fielen häufig gezielten Schüssen (meist in den Kopf) aus großer Entfernung zum Opfer. Aber auch diverse Regierungsangestellte, Regierungsanhänger und sogar Oppositionelle und sich keinem Lager zurechnende Personen wurden beim Abräumen von Barrikaden getötet. Vor allem in der Andenstadt Mérida, an der Grenze zu Kolumbien, wird scharf geschossen. Auf Dächern postiert, nehmen Schützen mit Gewehren zentrale Kreuzungen unter Beschuss, dabei töteten sie bereits diverse Personen.

In den Bundesstaaten Táchira, Aragua, Mérida, Zulia, Bolívar, Anzoátegui, Lara, Barinas und selbst in Caracas wurden Bomben- und Brandanschläge auf Strom- und Stromumspannungswerke verübt um die Energieversorgung zu sabotieren, ebenso wurden diverse Universitäten mit Brandbomben angegriffen, an denen vorwiegend Arme studieren. Ebenso waren Kindergärten, Lebensmittelvertriebe, die staatliche Telefongesellschaft und über ein Dutzend ihrer Fahrzeuge, Tourismusbehörden, Wahlbehörden, U-Bahnstationen, Nahverkehrsbusse, Ärztehäuser und andere Sozial- und Infrastrukturprojekte von Anschlägen betroffen. In Merida wurde das Trinkwasserreservoir absichtlich mit großen Mengen Treibstoff verunreinigt, in Caracas der Wald des Naturreservats an der Nordseite der Stadt angezündet, um die Stromtrassen, die die Stadt versorgen, zu zerstören.
Hinter den Anschlägen und Angriffen stecken drei verschiedene Organisationsmuster, die alle derselben Destabilisierungsstrategie folgen. Gruppen von meist Jugendlichen bauen Barrikaden, versetzt mit Todesfallen aus Stacheldraht, greifen in Gruppen Ordnungskräfte und Institutionen mit Molotovcocktails an und attackieren jene Anwohner und Anwohnerinnen, die sich gegen die Aktionen aussprechen oder versuchen, Barrikaden abzubau-

en. Diese Gruppen zählen häufig auf sowohl militärisch erfahrene Berater wie auch auf bereitgestellte Infrastruktur (von Kampfmaterial wie Stacheldraht, Molotovcocktails, Benzin usw. bis hin zu Handfeuerwaffen und Orten um das Material in unmittelbarer Nähe der Auseinandersetzungen über Wochen zu lagern und darüber täglich zu verfügen). Dabei finden diese Aktionen fast ausschließlich in oppositionell regierten Bezirken statt, denn dort ist ihnen die vielfältige Unterstützung der

Bürgermeister sicher: Müll wird nicht mehr beseitigt, damit Material für den Barrikadenbau vorhanden ist, und die lokale Polizei wird nicht eingesetzt, um Barrikadenbau zu verhindern oder Barrikaden abzubauen.
In einem kürzlich veröffentlichten Video ist zu sehen, wie eine gut organisierte Gruppe (deren teure Autos auch eine eindeutige Klassenzugehörigkeit verraten) in Las Salías (gemeinhin als San Antonio de los Altos bekannt) im Bundesstaat Miranda Material für eine Straßenblockade heranfährt, Kisten voller Molotovcocktails entlädt, Benzin ausschüttet und schließlich den Wald anzündet. Seit Beginn der Ausschreitungen Anfang Februar gab es in Las Salías, einem Bezirk der oberen Mittelschicht, bereits 36 absichtlich herbeigeführte Waldbrände. Der Bürgermeister gehört der Partei Primero Justicia von Henrique Capriles an und hat enge Verbindungen zur Rechtspartei Voluntad Popular (VP).

Die rechtsextreme Partei Voluntad Popular des bereits inhaftierten Oppositionsführers Leopoldo López unterstützt die Gewalt offen. Aus diesem Grund wurden im März die VP-Bürgermeister Daniel Ceballos (San Cristobal, Bundesstaat Táchira) und Enzo Scarano (San Diego, Carabobo) vor Gericht gestellt und des Amtes enthoben. Ersterer wurde zu zehn Monaten und 15 Tagen Haft verurteilt, da er ein Urteil des Obersten Gerichthofes nicht befolgte, die Polizei einzusetzen und den Barrikadenbau zu verhindern. Letzterer hingegen wurde zu 12 Monaten Haft verurteilt, da er auch noch vermummt gewalttätigen Aktionen beiwohnte. Es ist kein Zufall, dass VP tief in diese Strategie involviert ist. Leopoldo López ist gut mit dem ehemaligen kolumbianischen Präsidenten Álvaro Uribe bekannt, der als wichtigster Förderer des kolumbianischen Paramilitarismus gilt, dem mindestens 250.000 Menschen zum Opfer gefallen sind.

Zum Zweiten agieren in den gewaltsamen Destabilisierungs-Aktionen auch bezahlte kriminelle Banden. Aussagen von polizeibekannten Bandenmitgliedern und veröffentlichte Telefonmitschnitte von Unterhaltungen oppositioneller Politiker bestätigen dies. Diese Banden kommen für den Straßenkampf, Plünderungen und gezielte Angriffe zum Einsatz. Rekrutiert werden sie bereits seit Jahren von paramilitärischen Sektoren, die den Drogenhandel kontrollieren und darüber kriminelle Banden in den Stadtteilen kooptieren. Diese werden auch für gezielte Morde an Aktivistinnen und Aktivisten in den Armenstadtteilen eingesetzt. Und grundsätzlich sollen sie das soziale Geflecht zersetzen, Terror und Angst sollen an die Stelle der wachsenden solidarischen Beziehungen treten.

Auf dem Schild steht oben: „Ich protestiere wegen des Mangels“

Als dritte Variante der gewaltsamen Destabilisierung agieren paramilitärische Zellen mit gut bewaffneten und auch ausgebildeten Kämpfern aus Venezuela, Kolumbien und anderen Ländern. Diese treten bisher allerdings nicht offen als eine militärische Struktur (so wie die Contras in Nicaragua) auf, da dies in der momentanen Situation für die Opposition Spielräume in der internationalen Öffentlichkeit ebenso wie im Land selbst stark reduzieren würde. Das Bild der „friedlichen studentischen Proteste“ und einer vermeintlich bösartig repressiven Regierung ließe sich nicht weiter aufrechterhalten, würde eine bewaffnete Oppositionsstruktur öffentlich als solche auftreten. Zugleich hatte auch die venezolanische Regierung bisher wenig Interesse daran, die Existenz einer solchen Struktur öffentlich zuzugeben, um Ängste nicht weiter zu schüren oder die Opposition stärker erscheinen zu lassen.

Die Strategie der Destabilisierung versucht die Bedingungen zu schaffen, damit die linke Regierung in Venezuela fällt. Eine direkte militärische Intervention der USA ist auch mittelfristig eher unwahrscheinlich. Die politischen Verhältnisse in Lateinamerika lassen dies kaum zu. Der Schaden für die USA könnte größer sein als der Nutzen, zumal die USA nicht riskieren können, Venezuelas Erdölexporte über längere Zeit ausfallen zu lassen. Eine militärische Intervention von außen könnte die Linke in Venezuela und Lateinamerika eher stärken. Auch die massive Finanzierung und Unterstützung der Opposition zeigte nicht die erwünschten Ergebnisse. So setzen die USA, die Rechte des Nachbarlandes Kolumbien und Teile der venezolanischen Opposition auf Paramilitarismus, Anschläge und Zerstörung. Dadurch sollen die Lebensbedingungen so weit verschlechtert werden, dass bei der nächsten Wahl die Opposition gewinnt.

Die beschriebene dreigliedrige gewaltsame Strategie ist bereits seit mindestens 2007 für Kenner von US-Geheimoperationen und paramilitärischer Vorgehensweisen ersichtlich. Ihre weitere Verbreitung ist nicht unwesentlich dem Umstand zu verdanken, dass sowohl die meisten Regierungsinstitutionen als auch die meisten Basisbewegungen in Venezuela das Problem lange stark unterschätzt haben.

In einer ersten Phase drang der kolumbianische Paramilitarismus wirtschaftlich in Venezuela ein. An ihn gebundene Personen aus Venezuela und Kolumbien haben gezielt Häuser und Grundstücke gekauft sowie massiv Kapital investiert. Sie haben diverse legale und illegale wirtschaftliche Aktivitäten unter ihre Kontrolle gebracht und konnten eine Infrastruktur und Logistik aufbauen, die es ihnen gestattet, sichere Orte zu haben, um zu agieren und sich zurückzuziehen, wenn es darauf ankommt. Der Paramilitarismus kontrolliert beispielsweise den Benzinschmuggel von Venezuela nach Kolumbien. Angesichts der venezolanischen Benzinpreise von nur einigen Cent pro Liter ist dies ein riesiges Geschäft. Der Paramilitarismus kontrolliert auch wesentlich den Kokainhandel und große Teile des Schmuggels von Lebensmitteln.

Der massive Schmuggel von Lebensmitteln nach Kolumbien ist auch zu einem beträchtlichen Teil für Versorgungsengpässe in Venezuela verantwortlich. Hinzu kommen weitere Erscheinungen des kolumbianischen Paramilitarismus auf venezolanischem Territorium wie zum Beispiel die Zusammenarbeit mit Viehzüchtern. Viele der Killer der seit Erlass der Bodenreform 2001 ermordeten 300 Landarbeiter und Landarbeiterinnen sind kolumbianische Paramilitärs. Auch zahlreiche Basisaktivisten, Gewerkschaftsangehörige und PSUV-Angehörige wurden in den vergangenen Jahren Opfer von Mordanschlägen.
Der Paramilitarismus begann über die Grenzregionen zu Kolumbien wie Táchira und Merida nach Venezuela einzudringen. So sind diese Regionen auch

María Corina Machado, die mit dem sogenannten Carmona-Dekret 2002 den Putsch gegen Chávez unterstützte, in Aktion. Auf dem Plakat hinter ihr: „Was willst du für deine Kinder?“

aktuell Hochburgen der „Proteste“, gewaltsamer Aktionen und Sabotage. Aus militärisch-strategischer Sicht bieten San Cristóbal und die Region Táchira eine Verbindung zu Kolumbien und den Zugang zu den Anden. Diese stellen einen „Korridor“ in das venezolanische Territorium bis zur Küste und in eine der wichtigsten Regionen industrieller Produktion dar. Außerdem schneiden die Anden den wichtigsten erdölproduzierenden Bundesstaat Zulia vom Rest des Landes ab.

Kriegführung mit Guerilla-Taktiken baut auf der Schaffung von strategischen „Korridoren“ auf, durch die Menschen und Material möglichst gefahrlos transportiert werden können und die geographisch den Zugang zu wichtigen Angriffszielen bieten. Der zweite wichtige Korridor ist der Küstenstreifen (also vor allem Valencia, Caracas, der Bundesstaat Anzoátegui und Sucre). Und schließlich der „Südkorridor“, vor allem das Gebiet der Schwerindustrie im Bundesstaat Bolívar.

Tatsächlich ereignen sich die Sabotageaktionen schwerpunktmäßig entlang strategischer Punkte dieser Korridore. Angesichts des beschriebenen Kontextes kann nicht davon ausgegangen werden, dass die Anschläge und Sabotageaktionen wieder von selbst abnehmen oder aufhören. Im Gegenteil ist davon auszugehen, dass bereits eine neue Phase der konterrevolutionären Aktivitäten eingeläutet wurde und die Anschläge und Sabotageaktionen auf wesentlich höherem Niveau als vor Februar 2014 fortgesetzt werden. Sollte die Destabilisierung nicht zum gewünschten Erfolg führen – also weder zum Fall der Regierung noch zu ihrer Niederlage bei den nächsten Präsidentschaftswahlen – dann ist es nicht unwahrscheinlich, dass der Paramilitarismus in Venezuela der Regierung und den Basisorganisationen offen den Krieg erklärt. Ein naheliegendes Szenario wäre, dass bei erneuter Niederlage gegen den Chavismus, die Opposition mit Unterstützung der USA einen vermeintlichen Wahlbetrug denunziert und daraufhin bewaffnete „Befreiungskräfte“ ihre Gründung bekanntgeben – als einziger Weg, um gegen das „Regime“ vorzugehen.

Fußnote:

[1] Am 29. März kamen zwei Oppositionelle ums Leben: In Maracaibo starb ein 33-Jähriger beim Hantieren mit einem selbstgebastelten Sprengsatz und im Bundesstaat Táchira starb ein 44-Jähriger an einem Stromschlag bei der Beschaffung von Material für eine Barrikade.

Dario Azzellini, geklaut von: amerika21.de (31. März 2014)

KRIMS MÄRCHEN

Die Auseinandersetzung um die Ukraine zeigt: Deutschland ist wieder bereit, ein Bündnis mit Faschisten einzugehen, um eine mißliebige Regierung zu stürzen.

Wie sich die Zeiten ändern! Da hat man grade erst gelernt, daß »Völker« wie die Kosovo-Albaner selbstverständlich das Recht auf Sezession haben, weshalb die Bundesrepublik das Kosovo nach seiner Abspaltung von Serbien im Februar 2008 natürlich sofort anerkannt hat. Kaum sechs Jahre sind vergangen, da erläutert Stefan Talmon, Professor für Öffentliches Recht, Völkerrecht und Europarecht an der Universität Bonn, daß die Dinge heute ganz anders liegen: »Eine Region, auch die Autonome Republik der Krim«, könne nicht einfach »erklären, nicht mehr zur Ukraine« gehören zu wollen. Aber gibt es denn »das Recht der Völker auf Selbstbestimmung« nicht mehr, fragt leicht verwirrt die Interviewerin von »Tagesschau.de«. Doch, das gibt es, räumt Talmon ein, aber es steht in diesem Falle nur »dem Volk der Ukraine als ganzem zu«. Abspalten dürfe man sich lediglich »in Ausnahmesituationen«; doch sei zu beachten, daß es kein »Recht auf Abspaltung« mehr gebe, »wenn sich ein anderer Staat in den Prozeß von außen einmischt«, wie Rußland auf der Krim. Zugegeben – den einen oder anderen deutschen Soldaten wollen mißgünstige Beobachter bei gewissen Einmischungsversuchen im Kosovo beobachtet haben. Aber die Abspaltung der ehemals jugoslawischen Provinz ist sechs Jahre her, und das Völkerrecht nicht mehr, was es noch kürzlich war.

Die Aussicht auf eine Abspaltung der Krim von der Ukraine hat in der Bundesrepublik zu hektischen ideologischen Manövern geführt. Nicht nur, daß Politik und Journaille plötzlich das angebliche Recht auf Sezession empört zurückzuweisen, das sie jahrzehntelang zwecks Zerschlagung widerspenstiger »Vielvölkerstaaten« von der Sowjetunion über Jugoslawien bis zum Sudan befürwortet und energisch exekutiert haben. Auch sonst kommt das traditionelle Völkerrecht ganz unerwartet zu neuen Ehren. »Die Anwendung von Gewalt ist in den zwischenstaatlichen Beziehungen grundsätzlich verboten«, verkündet der Rechtsexperte der »Frankfurter Allgemeinen Zeitung«, Reinhard Müller, nach sorgfältiger Recherche: »Schon die Drohung mit militärischen Mitteln ist untersagt.« Und er räumt ein: »Das müssen Moskau und Peking noch lernen.« – »Zwar vergessen autoritäre Staaten diese zwingende Norm des Völkerrechts oft«, weiß Müller aus Erfahrung – und tatsächlich: Wer wollte leugnen, daß es in den letzten Jahren im Kosovo, im Irak oder in Libyen die eine oder andere nicht ganz gewaltfreie Einmischung von außen gegeben hat?

Die internationale »Friedenspflicht«, die der Westen im Fall der Ukraine diktieren will – von einem Stopp der westlichen Unterstützung für Aufständische in Syrien etwa ist keineswegs die Rede hat am 22. Februar 2014 begonnen. Das war der Tag, an dem der gewählte Präsident des Landes, Wiktor Janukowitsch, aus Kiew floh und die Parteigänger des Westens einen neuen »Präsidenten« ausriefen. Mit der Legalität nahmen sie es auch dabei nicht so genau; das neue Regime sei durch einen »Akt« an die Macht gelangt, »der nicht mit der Verfassung des Landes in Einklang steht«, räumt auch Völkerrechtler Talmon ein. Die neue Regierung habe also »in der Tat in der Ukraine selbst keine verfassungsrechtliche Legitimität«. Glücklicherweise muß sich die Bundesregierung nicht an ukrainisches Recht halten. Im Ausland müsse »die Führung in Kiew« als »Regierung der Ukraine« betrachtet werden, da sie sich in den Unruhen »durchgesetzt hat und handlungsfähig ist«, fährt Talmon fort: »Wir haben es also mit der etwas skurrilen Situation zu tun, daß eine nach nationalem Recht rechtswidrige Regierung nach Völkerrecht eine rechtmäßige Regierung ist.« Was für ein Glück für den Westen: Man darf also in einem fremden Land den eigenen Statthaltern helfen, per Umsturz die Macht an sich zu reißen, und hinterher muß alle Welt sie anerkennen. Dann erklärt man, das Völkerrecht sei – doch noch? wieder? – in Kraft, und es verbiete sich, in fremden Staaten gegen

die westlichen Statthalter zu intervenieren.

Wie der prowestliche Umsturz in Kiew genau abgelaufen ist, welche Absprachen es im Hintergrund gegeben hat, welche Drohungen Janukowitsch tatsächlich zur Flucht bewegt haben – das ist im Detail längst noch nicht geklärt. Einige zentrale Faktoren lassen sich allerdings durchaus erkennen. Einer ist die Eskalationsstrategie, auf die der Westen und seine Kiewer Statthalter setzten. Anfang Januar schienen die Proteste in Kiew zu ermatten, und damit schwanden die Chancen, Janukowitsch schnell zu stürzen; das aber galt im Westen als notwendig, um Kiews weitere Annäherung an Moskaus »eurasische« Bündnisstrukturen zu verhindern. »Ich denke, wir haben den Weg für eine radikalere Eskalation der Lage geebnet. Ist es nicht Zeit, mit entschlosseneren Aktionen weiterzumachen?« heißt es in einer E-Mail, die, geleakt, im Internet kursiert und am 9. Januar versendet worden sein soll. Der Absender war angeblich Witali Klitschko, der Empfänger ein Berater der litauischen Präsidentin Dalia Grybauskaitė. Die Echtheit der Mail ist nicht bestätigt; doch unabhängig davon liegt es auf der Hand, daß Janukowitsch ohne Eskalation kaum gestürzt wäre. Nachdem »zwei Monate Straßenproteste« nicht zum Erfolg geführt hätten, sei die Gewalt systematisch gesteigert worden, hielt etwa das US-amerikanische Nachrichtenportal »The Daily Beast« fest. Tatsächlich wurde auf dem Majdan nicht mehr nur der Straßenkampf mit Stock und Stein trainiert; bald gab es erste Aufrufe, Waffen zu sammeln und Munition zu spenden. »Der Euromajdan hat dank der Entschlossenheit von Menschen gewonnen, die bereit waren zu kämpfen, anstatt im Parlament zu verhandeln«, bilanzierte »The Daily Beast«.

Die Milieus, die zu Gewalt griffen und schließlich sogar Schußwaffen einsetzten, lassen sich umschreiben. Es sei »die extreme Rechte gewesen«, die »als erste Molotow-Cocktails und Steine auf die Polizei geworfen und echte, gut gesicherte Barrikaden errichtet« habe, konstatierte der ukrainische Journalist Oleg Shynkarenko im »Daily Beast«. Faschisten seien zum Beispiel auch unter denjenigen gewesen, die am 18. Februar Truppentransporter in Brand steckten. Zum selben Ergebnis kommen Antifas, die die ukrainische Faschoszene schon seit Jahren systematisch beobachten. Rund 30 Prozent der »freiheitlichen Massenbewegung« auf dem Majdan seien Mitglieder oder Anhänger der Partei Swoboda und anderer faschistischer Organisationen gewesen, berichteten Aktivisten einem Blogger in Kiew. Die militanten Gruppen auf dem Platz hingegen hätten zwar »nicht zu hundert Prozent, aber zu einem großen Prozentsatz« aus Anhängern der extremen Rechten bestanden. Entsprechende Symbolik – Kelten- und Hakenkreuze, Zahlencodes wie 1488 und ähnliches mehr – ist denn auch häufig auf Pressefotos und in Videos zu finden.

Andrij Parubij, dem westlichen Medienpublikum als »Kommandant des Majdan« bekannt, ist wohl der Richtige an der Spitze der sich bewaffnenden Rechten gewesen. Er ist seit geraumer Zeit für Julia Timoschenkos Partei Vaterland aktiv, hat jedoch eine Vergangenheit, die ihn für den Umgang mit extrem rechten Gewalttätern prädestiniert: 1991 zählte er gemeinsam mit Oleg Tiagnibok zu den Gründern der »Sozial-Nationalen Partei der Ukraine«, in deren Milieu sich Männer fanden, die bald darauf bewaffnet nach Tschetschenien gingen, um sich am Krieg gegen Rußland zu beteiligen. Parubij wählte später andere Wege als Tiagnibok, der die »Sozial-Nationale Partei der Ukraine« 2004 in Swoboda (»Freiheit«) transformierte, um wählbarer zu werden. Auf dem Majdan kämpften beide nun wieder Seite an Seite.

Der Pakt mit den Faschisten, der der Opposition schließlich genügend Kraft verlieh, Janukowitsch zu stürzen, ist mit deutscher Unterstützung seit 2012 vorbereitet worden. Einer der ersten Schritte war ein »Expertengespräch«, das die Konrad-Adenauer-Stiftung (CDU) gemeinsam mit den US-Organisationen National Democratic Institute und International Republican Institute am 24. Februar 2012 veranstaltete, um über »die Zukunft der ukrainischen Opposition« zu diskutieren. Zu dem Treffen wurden die Vorsitzenden der wichtigsten Oppositionsparteien eingeladen – Swoboda-Chef Tiagnibok inklusive. Kurz darauf begann anläßlich der Fußball-EM 2012 die

erste massenwirksame Kampagne gegen Janukowitsch. Swoboda und die Timoschenko-Partei Vaterland sprachen ihre Kandidaturen für die Parlamentswahl im Oktober 2012 miteinander ab, was Swoboda faktisch die Gewißheit gab, über einige ziemlich sichere Direktmandate in die Werchowna Rada einziehen zu können.

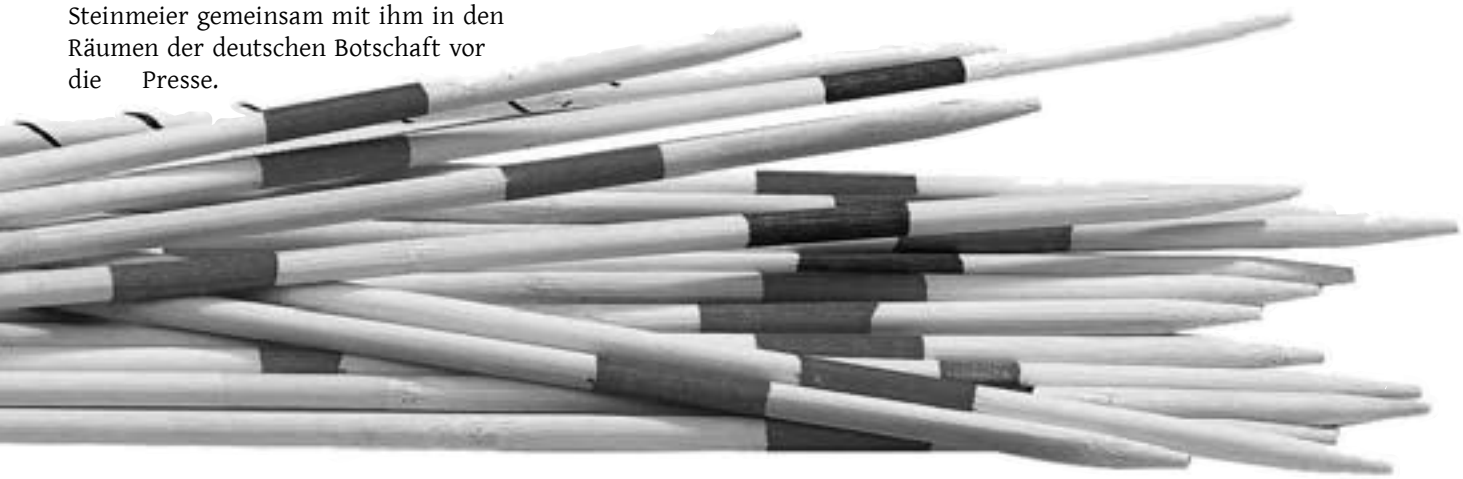
Nach den Wahlen stieg auch Witali Klitschko, der Mann der Adenauer-Stiftung in Kiew, in die Kooperation ein, die in Abstimmung mit Berlin und der EU weiterentwickelt wurde. Schon am 23. Dezember 2012 hatte Tiagnibok den Botschafter Litauens zum Gespräch getroffen; es folgten Zusammenkünfte zwischen Swoboda-Funktionären und weiteren EU-Vertretern, am 29. April 2013 mit dem Botschafter Deutschlands in Kiew. Tiagnibok habe dem deutschen Diplomaten schon damals vorgeschlagen, die »internationale Gemeinschaft« solle Bemühungen fördern, »die Herrschaft des Volkes durchzusetzen und das antiukrainische Regime zu stürzen«, berichtete Swoboda anschließend. Auf dem Majdan wurde das Trio Klitschko/Jazenjuk/Tiagnibok tatsächlich geschlossen von Berlin und dem Westen unterstützt. Und während Guido Westerwelle sich noch weigerte, gemeinsam mit Tiagnibok über den Majdan zu spazieren, trat Frank-Walter Steinmeier gemeinsam mit ihm in den Räumen der deutschen Botschaft vor die Presse.

Der deutsche Außenminister, so lautete die Botschaft, hat keine Hemmungen mehr, mit Kräften wie Swoboda zu paktieren.

Klar ist seitdem: Deutschland ist prinzipiell wieder bereit, einen offenen Pakt mit Faschisten einzugehen, um eine mißliebige Regierung zu stürzen. Unklar ist, wie weit Berlin dabei geht. Die Unklarheit hängt damit zusammen, daß inzwischen Zweifel bestehen, ob die tödlichen Schüsse auf dem Majdan, denen zwischen dem 18. und dem 20. Februar Dutzende Protestierende, aber auch mindestens 15 Polizisten zum Opfer fielen, wirklich von ukrainischen Repressionskräften abgefeuert wurden. In einem abgehörten und im Internet veröffentlichten Telefonat berichtet der estnische Außenminister Urmas Paet der EU-Außenbeauftragten Catherine Ashton, er habe mit einer bekannten Ärztin aus der ukrainischen Opposition gesprochen, die ihn darauf hingewiesen habe, daß Demonstranten und Polizisten zwischen dem 18. und dem 20. Februar möglicherweise von denselben Scharfschützen exekutiert worden seien. Daß die Morde noch immer nicht untersucht würden, nähre den Verdacht, die Scharfschützen hätten ihr tödliches Werk nicht im Dienst der Regierung verrichtet, sondern im Dienst von »jemand aus der neuen Koalition«. Daß tatsächlich dieselben Scharfschützen auf beide Seiten geschossen haben, war schon zuvor durch Videos belegt. Sollte wirklich die damalige Opposition für die Todesschüsse verantwortlich sein – wer waren die Scharfschützen? Waren faschistische ukrainische Milizen involviert, die den Umgang mit der Waffe bereits in Tschetschenien praktisch erproben konnten?

Spekulieren führt zu nichts. Kurz nach Bekanntwerden des Telefonats hat denn auch der russische Außenminister Sergej Lawrow verlangt, die OSZE solle die tödlichen Schüsse in Kiew umgehend untersuchen. »Es gab zu viele Lügen«, hielt Lawrow fest, und die Lügen seien »zu lange benutzt« worden, »um die europäische öffentliche Meinimg in die falsche Richtung zu drängen«. Die deutsche Regierung schloß sich Lawrows Forderung zumindest bis Redaktionsschluß nicht an. In Kiew hieß es hingegen, man werde einen Parlamentsausschuss mit den Ermittlungen beauftragen; er solle ganz oben angebunden sein, direkt beim Sekretär des Nationalen Sicherheits- und Verteidigungsrats der Ukraine. Genau da liegt das Problem.

Denn mit dem Kiewer Umsturz ist nicht nur ein Ministerpräsident illegal ins Amt gekommen, der in einer seiner



ersten Amtshandlungen Haushaltskürzungen von rund 15 Prozent angekündigt hat und sich – mit Blick auf die absehbaren Reaktionen in der ohnehin weithin verarmten Bevölkerung – über die Konsequenzen klar ist: »Ich werde der unbeliebteste Ministerpräsident in der Geschichte der Ukraine sein«, gab er schon im Februar zu. Zudem stellt Swoboda, die Partei in der Tradition der antisemitischen Mordbrenner aus Stepan Banderas Organisation Ukrainischer Nationalisten (OUN), drei Minister – darunter denjenigen fürs Militär – sowie den Vizeministerpräsidenten, Oleksandr Sych, der die Ukraine mit der Forderung beglückt hat, Schwangerschaftsabbrüche auch nach einer Vergewaltigung zu verbieten, und der den Ukrainerinnen rät, eben einfach »einen Lebensstil zu führen, mit dem man das Risiko einer Vergewaltigung vermeiden kann«: keinen Alkohol trinken und sich nicht »in zweifelhafte Gesellschaft« begeben. Zusätzlich haben zwei einflußreiche Anführer des Majdan hohe Posten in Kiew erhalten. Der »Kommandant des Majdan«, Andrij Parubij, ist Sekretär des Nationalen Sicherheits- und Verteidigungsrats der Ukraine, der vom Staatspräsidenten persönlich geleitet wird und dem ansonsten nur einige Minister sowie die Spitzen der Streitkräfte und des Geheimdienstes angehören. Sein Stellvertreter ist einer seiner engsten Mitarbeiter aus der Zeit der Demonstrationen: Dmitro Jarosch, Chef der faschistischen Bündnisorganisation Pravy Sektor (»Rechter Sektor«).

Parubij soll nun also die Todesschüsse aufklären, während der Pravy Sektor seines Stellvertreters Jarosch durch Kiew patrouilliert, um dort für »Ordnung« zu sorgen, und sich bemüht, den Status einer »regulären paramilitärischen Einheit« zu erlangen. Zum Pravy Sektor gehört beispielsweise die Organisation Trizub (»Dreizack«), die – ebenfalls von Jarosch geleitet – zuletzt durch Jagden auf Schwule von sich reden gemacht hat. Das gesamte Milieu ist für seinen militanten Antisemitismus berüchtigt; ein Führer der mit Swoboda verbandelten Jugendorganisation C14 – der Name spielt auf die Nazi-Terroristen von Combat 18 (C 18) und das Rassistenbekenntnis »Fourteen Words« an – hat kürzlich der BBC bestätigt, man befinde sich »im Kampf« gegen »ethnische Gruppen«, die »wirtschaftliche und politische Macht« ausübten: »Russen und Juden«. Boris Fuchsmann, Präsident der Jüdischen Konföderation der Ukraine, hat bereits im Februar Alarm geschlagen: »Die Leute haben richtig Angst, in die Synagoge zu gehen.«

Im Januar hatte es erste Überfälle gegeben; daraufhin hatte die Jüdische Konföderation Briefe an die westlichen Botschafter in Kiew geschickt und verlangt, »sich von der Swoboda-Partei zu distanzieren«, »sich nicht mit ihren Politikern an einen Tisch zu setzen« und »entschieden gegen antisemitische Übergriffe« Stellung zu beziehen. Nichts ist geschehen, und das hat nun Folgen. Die Majdan-Proteste sind natürlich beileibe keine rein faschistische Bewegung gewesen; aber die Eskalationsstrategie, auf die es auch Berlin angelegt hatte, hat den extrem rechten 30-Prozent-Flügel weiter gestärkt, der seinen neugewonnenen Einfluß jetzt voll ausspielen kann. Die Jewish Agency ist alarmiert: Anfang März gab sie bekannt, sie bereite Notfallmaßnahmen zur Evakuierung ukrainischer Jüdinnen und Juden vor.

Bei all dem bleibt die Frage offen, wieso der damals noch amtierende Präsident Janukowitsch am Abend des 21. Februar geflohen ist, nachdem er gerade erst unter deutschem Druck eine Übereinkunft mit der damaligen Opposition geschlossen hatte. Klar ist, daß einige der ukrainischen Oligarchen, die die tatsächliche Macht im Lande innehaben, die Opposition von Anfang an unterstützt haben. Klar ist auch, daß die meisten anderen Oligarchen nicht daran interessiert waren, die vom Westen für unantastbar erklärte Opposition niederzuknüppeln, weil sie es vermeiden wollten, ihre Geschäftsbeziehungen in die EU zu gefährden. Janukowitsch hat die Quadratur des Kreises nicht hingekriegt: für die Ukraine einen Ausgleich zwischen der nach Osten expandierenden EU und dem auf »eurasische« Integration setzenden Rußland zu finden – einen Ausgleich, den es wegen des zuletzt unbedingten deutschen Expansionswillens womöglich gar nicht geben kann.

Aus Sicht auch derjenigen Oligarchen, denen er relativ nahestand, war Janukowitsch mit seinem Unvermögen, der Zwickmühle zu entkommen, zuletzt ziemlich nutzlos geworden, zumal es noch ein anderes Problemchen gab: Janukowitsch hatte aus der Tatsache, daß die Oligarchen ihn 2004 recht rasch hatten fallenlassen, den Schluß gezogen, er benötige selbst die eine oder andere Milliarde, um im ukrainischen Oligarchenschach eigenständig mitmischen zu können. Der Aufstieg vor allem seines Sohnes Oleksandr hat in letzter Zeit Furore gemacht und so manchem Rivalen mißfallen; Oleksandr Janukowitschs Vermögen soll allein zwischen 2012 und 2013 von einem kleinen dreistelligen auf ein mittleres dreistelliges Millionen-Dollar-Sümmchen gewachsen sein. Der Gedanke, die neue Konkurrenz mit Papa im Staatschefsessel – eine gefährliche Kombination – nun einfach loswerden zu können, wird den wenigsten Oligarchen schlaflose Nächte bereitet haben.

Entsprechend waren seit einiger Zeit Anzeichen dafür zu erkennen, die Oligarchen könnten Janukowitsch zum

zweiten Mal fallenlassen – ganz wie 2004. Da machten etwa Anfang Februar im ukrainischen Parlament Gerüchte die Runde, die Präsidenten-»Partei der Regionen« werde im Streit um eine Amnestie für die festgenommenen Majdan-Demonstranten nicht im Sinne des Präsidenten stimmen; das scheint kaum vorstellbar, hätten da nicht im Hintergrund einige Oligarchen, die zahlreiche Abgeordnete faktisch direkt kontrollieren, erste Absetzungsmanöver gestartet. Ebenfalls Anfang Februar drang der Hinweis durch, Rinat Achmetow – der reichste und mächtigste Oligarch der Ukraine – habe eine gewaltsame Beendigung der Proteste auch für den Fall einer Eskalation ausdrücklich abgelehnt; damit lasse er Janukowitsch schutzlos im Molotow-Cocktail-Regen stehen. Beobachter fragen inzwischen auch, ob die Weigerung der ostukrainischen Grenzschutzbehörden vom 22. Februar, Janukowitsch und seiner engsten Entourage wegen angeblich fehlender Papiere den Abflug aus Donezk in Richtung Russland zu gestatten, wirklich der Zivilcourage einiger Beamter geschuldet sei; immerhin sei in Donezk, wo Achmetow seit je seine Machtbasis habe, dessen »Wort Gesetz«.

Ob man je zuverlässig erfahren wird, wer im Februar 2014 welche Deals mit wem geschlossen hat, ist zweifelhaft. Immerhin hat der polnische Außenminister Radosław Sikorski eingeräumt, die am 21. Februar unter dem Druck seines deutschen Amtskollegen Frank-Walter Steinmeier in Kiew getroffene Vereinbarung, Ende 2014 Wahlen abzuhalten, sei ein klarer Hinweis an die Oligarchen gewesen, Janukowitsch möglichst bald zum Abschuß freizugeben. Daß dies allerdings mit einer solchen Geschwindigkeit geschehen würde – Janukowitsch verließ seine Residenz noch am selben Abend -, das habe er nicht erwartet.

Mit dem Umsturz sind die Oligarchen noch tiefer in einen Konflikt geraten, der sich für sie als einige Nummern zu groß erweist – der Konflikt zwischen dem Westen und Rußland um die strategische Kontrolle über die Ukraine. Nach der EU-Osterweiterung hatten Berlin und Brüssel ihren nächsten Schritt eingeleitet und – unter der PR-Bezeichnung »Östliche Partnerschaft« – die Anbindung (»Assoziierung«) eines weiteren Ringes von Staaten in die Wege geleitet, der die sechs Länder der Pufferzone zwischen der Nato und Rußland in Osteuropa beziehungsweise im Kaukasus umfaßt. Zielt die deutsch-europäische Seite dabei schlicht auf die Erweiterung ihres Einflußgebiets, so geht es aus russischer Sicht im Falle der Ukraine ans Eingemachte: Das Land ist, wie der als geheimdienstnah geltende US-Dienst »Stratfor« kürzlich formulierte, »eines der Tore zum Herzen Rußlands«; wenngleich es derzeit ganz gewiß kein westlicher Staat in Erwägung zieht, seine Panzertruppen auf Dienstreise nach Moskau zu schicken, so kann keine russische Regierung diese – und sei sie noch so theoretische – Möglichkeit in ihren langfristigen Plänen vollständig ignorieren.

Entsprechend beinhart ist der russische Gegenstoß. Daß er sich auf die Krim konzentriert, hat – abgesehen davon, daß dort die prorussische Orientierung in der Bevölkerung wohl am stärksten ist – schlicht geostrategische Gründe. Die Krim ist mit der russischen Flottenbasis in Sewastopol, wie Zbigniew Brzeziński in seinem Klassiker The Grand Chessboard schrieb, der »Ausgangspunkt für die Projektion russischer Marinemacht in die Mittelmeerregion«. Seit einiger Zeit aber ist Moskau dabei – darauf hat unlängst der deutsche Marineexperte Klaus Momm-

sen hingewiesen -, seine Aktivitäten im Mittelmeer zu stärken, um »dieses Gebiet nicht der US-amerikanischen Navy« zu überlassen. Der Machtkampf um die Krim reicht also weit über die Ukraine hinaus.

Das erklärt die Schärfe, mit der der Kampf geführt wird – auch in Deutschland selbst. Die wilden Gedankensprünge der Mainstreammedien in puncto Völker- und »Selbstbestimmungs«-Recht sind nur ein Beispiel dafür. Ein weiteres wäre die mediale Mobilmachung, die den gesamten deutschen Mainstream erfaßt hat. Die Krim sei »kein genuiner Teil Rußlands«, sondern »erst 1783 annektiert« worden, hieß es kürzlich in der »Taz«: Eine »Befriedungspolitik« gegenüber Rußland müsse verhindert werden; sie »erinnert(e) an die Zugeständnisse an Nazi-Deutschland vor dem Einmarsch in die Tschechoslowakei«. Den Krim-Tataren drohe zudem bei einer Eingliederung der Halbinsel in die Russische Föderation – einen, wie »Taz«- Korrespondent Klaus-Helge Donath befand, »zumindest protofaschistischen Unrechts- staat« – gar »die totale Assimilation«. Und die einstige Kollaboration der Krim-Tataren mit dem NS-Reich? »Verwundern« könne sie nicht »angesichts der harschen Repression unter dem Stalinschen Sowjetregime«, hieß es im gleichen Blatt. Klar doch – einer solchen Repression mußte man den Kampf für Nazi-Deutschland mit seinen humanitären Interventionen unbedingt vorziehen.

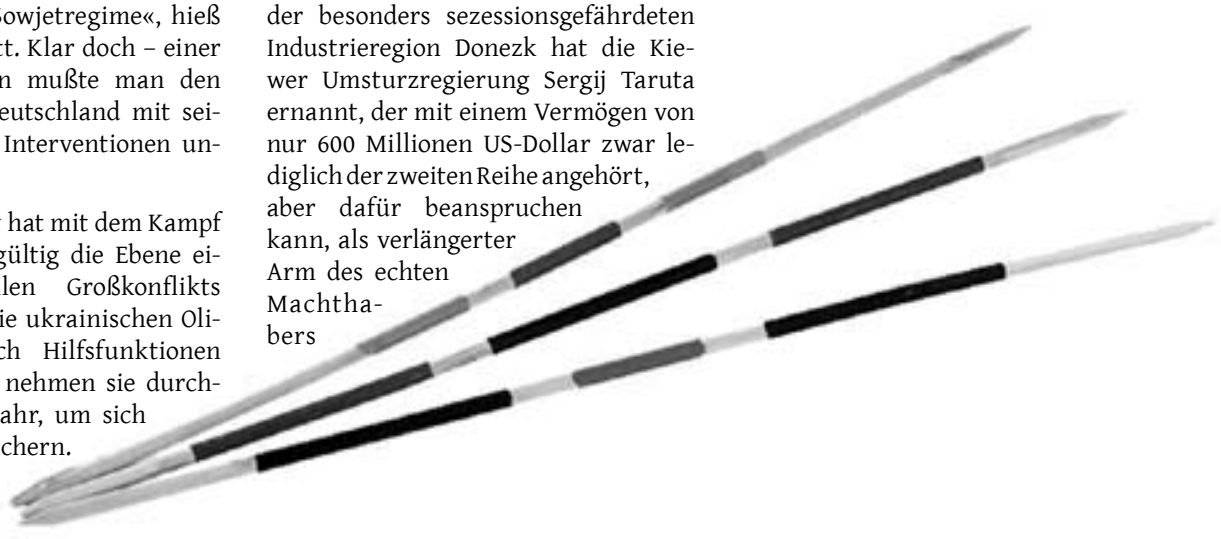
Der Streit um Kiew hat mit dem Kampf um die Krim endgültig die Ebene eines internationalen Großkonflikts erreicht, in dem die ukrainischen Oligarchen nur noch Hilfsfunktionen haben. Diese aber nehmen sie durchaus bereitwillig wahr, um sich ihre Pfründe zu sichern.

Die prowestliche Umsturzregierung in Kiew steht vor dem Problem, daß sie – nicht zuletzt wegen ihrer Zusammenarbeit mit faschistischen Kräften – unter den Russischsprachigen in der Ost- und Südukraine kaum auf Zustimmung trifft. Für Kiew und den Westen wäre es ein Desaster, wenn nach der Krim noch weitere Gebiete am Schwarzen Meer – Odessa etwa – oder der industrialisierte Osten der Ukraine ernste Sezessionsbestrebungen entwickelten. Die Umsturzregierung hat daher begonnen, in sensiblen Regionen neue Gouverneure einzusetzen, die genügend Macht haben, ihre Interessen durchzusetzen: Oligarchen eben, die zwar eine ausschließlich an den Westen gebundene Ukraine eigentlich nicht wünschen, für die aber die Spaltung ihrer Hauptwirtschaftszone ein wohl noch größeres Übel wäre.

So ist nur eine Woche nach dem Umsturz ein gewisser Igor Kolomojskij zum Gouverneur von Dnipropetrowsk ernannt worden. Kolomojskij ist Besitzer der Privat Bank, des größten ukrainischen Kreditinstituts mit Sitz in Dnipropetrowsk; er gehört zu den reichsten Männern des Landes und hat sich, ganz wie seine Milliardärskollegen, durch zweifelhafte Geschäfte einen Namen gemacht. Zum Gouverneur der besonders sezessionsgefährdeten Industrieregion Donezk hat die Kiewer Umsturzregierung Sergij Taruta ernannt, der mit einem Vermögen von nur 600 Millionen US-Dollar zwar lediglich der zweiten Reihe angehört, aber dafür beanspruchen kann, als verlängerter Arm des echten Machthabers in der Region zu handeln: Taruta hat bekanntgegeben, daß seine Ernennung mit Rinat Achmetow abgesprochen ist. Achmetow aber wird wohl, davon geht nicht nur Kiew aus, Mittel finden, die weitere Spaltung seiner Ukraine zu verhindern. Gleichzeitig sichert ihm der Einsatz fürs Vaterland den Fortbestand seiner eigenen Machtstellung.

Damit läßt sich das vorläufige Resultat der westlichen Ukraine-Offensive bestimmen, die unter dem Vorwand begonnen hat, die frühen Majdan-Proteste gegen die oligarchischen Machenschaften im Land fördern zu wollen. Erstens ist aus einem von Oligarchen kontrollierten Land ein von Oligarchen kontrolliertes Land geworden, in dem nun auch bewaffnete faschistische Banden marodieren. Zweitens steht das Land vor dem Zerfall und am Rande des Krieges. Wenn das kein Fortschritt ist.

von Jörg Kronauer
aus KONKRET 4/2014



Anmerkungen zur Ökonomie und Politik der Wohnungsversorgung

Der weit verbreitete Begriff des Wohnungsmarktes deutet auf eine Organisation der Wohnungsversorgung unter den Bedingungen der kapitalistischen Ökonomie. Wie andere Waren unterliegt der Wohnungsbau und die Wohnungsbewirtschaftung damit makro- und mikroökonomischen Rationalitäten. Daraus können einige grundsätzliche Überlegungen abgeleitet werden.

1. Wohnungen haben einen Doppelcharakter als Gebrauchs- und Tauschwerte

Der Doppelcharakter von Waren zugleich Träger von Gebrauchs- und Tauschwerten zu sein, trifft auch für die Wohnungsversorgung zu. Während der Gebrauchswert („Die Nützlichkeit eines Dings macht es zum Gebrauchswert") Aspekte wie die Größe, Qualität und Ausstattung einer Wohnung umfasst – drückt sich der Tauschwert über den Verkaufspreis bzw. die Gewinnspannen der Wohnungsvermietung aus.

Anders als in den Annahmen zur Warenproduktion bestimmt sich der Wert einer Immobilie nicht über den Produktionspreis der zu ihrer Erstellung „gesellschaftlich notwendigen Arbeit" (MEW 23: 53), sondern wesentlich über externe Bewertungsfaktoren wie der Lage, dem Wohnungsmarktsegment oder der Knappheit des Angebots. Steigende Mietkosten ohne Aussattungsverbesserungen etwa werden von vielen Bewohner/innen als auseinanderklaffende Schere zwischen Gebrauchswert und Tauschwert empfunden. Während Mieter/innen vor allem an einer Verbesserung der Gebrauchsqualitäten ihrer Wohnungen interessiert sind, orientieren sich ökonomisch rational handelnde Eigentümer/innen an der Maximierung der Mieteinnahmen bzw. Verkaufspreisen.

Diese Konstellation kann als grundlegendes Widerspruchsverhältnis zwischen Mieter/innen und Eigentümer/innen interpretiert werden. Dieser Antagonismus wird durch eine Reihe von gesetzlichen und adminisitrativen Rahmenbedingungen (Mietrecht, Baurecht, Wohngeld etc.) reguliert aber nicht aufgehoben.

2. Wohnungen sind zinstragende Kapitalanlage

Aus einer ökonomischen Perspektive stellen sich Immobilien als zinstragendes Kapital – vergleichbar mit einer Finanzanlage – dar (Brede/Kohaupt/Kujath 1975: 24 ff.). Wegen der hohen Erstellungskosten von Wohnungen oder auch Bürogebäuden zirkuliert der Wert von Immobilien „in eigentümlicher Weise" (MEW 24: 160). Anders als beim Verkauf eines Autos oder einer Waschmaschine wird der Wert nicht auf einmal und vollständig, sondern „allmählich und bruchweise" übertragen. Dadurch bleibt das investierte Kapital über lange Zeit in den gebauten Strukturen fixiert – und kann dadurch eben nicht sofort wieder investiert werden. Diese zeitliche Verzögerung des Kapitalumschlags wird durch Zinsen ausgeglichen.

Diese Ökonomie des Wohnungsmarktes hat enorme Folgen. Denn ein solcherart organisierter Wohnungsbau konkurriert immer mit anderen Anlageoptionen (Sparbuch, Aktion, Schiffscontainer) und erst wenn die durchschnittliche Verzinsung höher als in

anderen Bereichen ist, lohnt sich eine Investition in den Wohnungsmarkt. Aber auch innerhalb des Wohnungsmarktes weisen verschiedene Teilmärkte unterschiedliche Gewinnaussichten auf, so dass in der Tendenz v.a. in die profitablen Bereiche der Wohnungsversorgung investiert wird. Preiswerte Mietwohnungsbestände gehören in der Regel nicht dazu. Aus der ökonomischen Struktur der Grundrenten heraus kann erklärt werden, warum es einen systematischen Mangel an preiswerten Wohnungsgelegenheiten gibt.

Die Struktur des Immobilienökonomie als zinstragendes Kapital führt aktuell zu dem (nur) scheinbaren Paradox, dass auf dem Höhepunkt der Finanzkrise verstärkt in den Immobilienmarkt investiert wurde (weil die Anlagen ins sogenannte Beton-Gold als relativ sicher galten). Auch das wohnungswirtschaftliche Geheimnis der Gentrification lässt sich mit dem Zinscharakter der Wohnungswirtschaft erklären: Investitionen in Modernisierungsmaßnahmen versprechen eben dort die höchsten Gewinne, wo die Ertragslücken am höchsten sind – also in den Gebieten, die aus wohnungswirtschaftlicher Sicht die geringsten Restnutzwerte aufweisen (und damit i.d.R. die niedrigsten Mietpreise). Verdrängung wird dann nicht zu einem ungewollten Nebeneffekt der Investition, sondern zur Voraussetzung der Investitionsstrategie.

3. Wohnungsmärkte sind 'unvollkommene Märkte'

Wohnungsmärkte weisen neben den langen Reinvestitionzyklen einige weitere Besonderheiten auf, die zu eingeschränkten Allokationseffekte führen (Krätke 1995: 194 ff.): Insbesondere die Immobilität des Wirtschaftsgutes 'Wohnung', die beschränkte Reproduzierbarkeit (Wohnung als knappes Gut) und die externen Preisbildungsfaktoren (z.B. Preise weniger von den wohnungsbezogenen Qualitätskriterien, als von Lagemerkmalen bestimmt) weisen den Wohnungsmarkt als 'unvollkommenen Markt' aus.

Im Vergleich zu idealtypischen Marktmodellen sind Wohnungsmärkte durch

- mangelnde Transparenz (Aufspaltung in Teilmärkte erschwert vollständige Marktübersicht und führt zu Monopolstellungen),
- geringe Anpassungselastizität (lange Produktionsdauer und Restnutzungsdauern verzögern die Anpassung an veränderte Nachfragestrukturen)
- Vorhandensein persönlicher Präferenzen (Benachteiligung/Bevorzugung entlang außerökonomischer Kriterien)
- fehlende sachliche Gleichartigkeit der Güter (Aufspaltung in regionale, sachliche, mietrechtliche Teilmärkte) .

Die oft betonten Verteilungsfunktionen des Marktes wirken im Bereich der Wohnungsversorgung nur sehr eingeschränkt – deshalb die Rede vom 'unvollkommenen Markt' bzw. vom 'systematischen Marktversagen'. Darüber hinaus würden aber auch funktionstüchtige Verteilungsfunktionen des Wohnungsmarktes das Problem der 'sozialen Blindheit' nicht überwinden. Denn auf Märkten zählen nicht Bedürfnisse und Bedarf, sondern die Nachfrage – Obdachlosigkeit wäre dann keine Versorgungslücke im ökonomischen Sinn, weil es ja keine zahlungskräftige Nachfrage gibt.

4. Die Wohnungsversorgung ist in der Hand von Immobilien-Verwertungs-Koalitionen

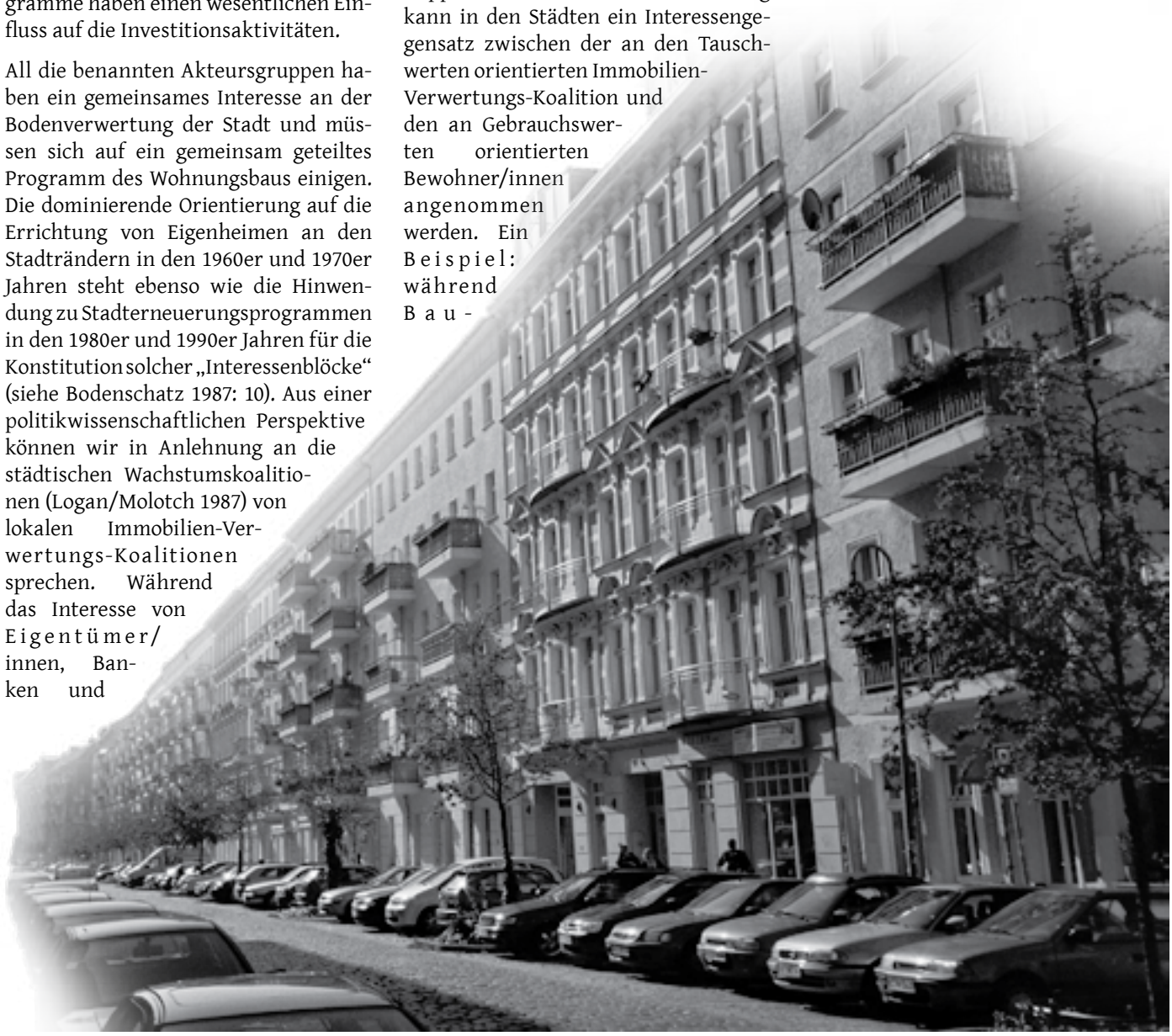
Doch der Wohnungsmarkt wirkt nicht einfach aus seiner ökonomischen Logik heraus, sondern wird auch 'gemacht'. Das Wohnungswesen ist ein hochkomplexes System, dass nur im Zusammenspiel verschiedener Akteure funktioniert. So setzt ein städtischer Wohnungsmarkt die Kooperation von Grundeigentümern, finanzierenden Banken, Architekten und Stadtplaner/innen, der Bauwirtschaft und i.d.R. der Stadtverwaltungen voraus. Politische und administrative Rahmenbedingungen, wie etwa die Steuergesetzgebung, das Bau- und Mietrecht, Denkmalschutzbestimmungen und Förderprogramme haben einen wesentlichen Einfluss auf die Investitionsaktivitäten.

All die benannten Akteursgruppen haben ein gemeinsames Interesse an der Bodenverwertung der Stadt und müssen sich auf ein gemeinsam geteiltes Programm des Wohnungsbaus einigen. Die dominierende Orientierung auf die Errichtung von Eigenheimen an den Stadträndern in den 1960er und 1970er Jahren steht ebenso wie die Hinwendung zu Stadterneuerungsprogrammen in den 1980er und 1990er Jahren für die Konstitution solcher „Interessenblöcke" (siehe Bodenschatz 1987: 10). Aus einer politikwissenschaftlichen Perspektive können wir in Anlehnung an die städtischen Wachstumskoalitionen (Logan/Molotch 1987) von lokalen Immobilien-Verwertungs-Koalitionen sprechen. Während das Interesse von Eigentümer/innen, Banken und der Bauwirtschaft v.a. wirtschaftlich begründet werden kann, ist die aktive Rolle von Stadtregierungen vor allem über Strukturen der Klientelpolitik und eine zunehmend unternehmerische Orientierung von Stadtpolitiken (Harvey 1989; Brenner/Theodore 2002) zu erklären. Gerade in Zeiten der internationalen Standortkonkurrenz gibt es wohl keinen schlimmeren Vorwurf an die lokale Politik als 'investitionsfeindlich' zu sein. Die naive Hoffnung auf nach unten durchsickernde Wohlstandeffekte eines Wirtschaftswachstums ist bis weit in sozialdemokratischen, grüne und linke Politikauffassungen verbreitet.

Im Rückgriff auf den beschriebenen Doppelcharakter der Ware Wohnung kann in den Städten ein Interessengegensatz zwischen der an den Tauschwerten orientierten Immobilien-Verwertungs-Koalition und den an Gebrauchswerten orientierten Bewohner/innen angenommen werden. Ein Beispiel: während Bauherren, Banken und Bauwirtschaft von steigenden Bodenpreisen und Wohnkosten profitieren, sind Mietsteigerungen bei der Mehrheit der Bewohner/innen eher unbeliebt. Doch die hier beschriebene Interessenkonstallation ist von einer enormen Ungleichverteilung von Macht geprägt. Währen die eine Seite institutionell vernetzt ist und über wesentliche ökonomische, fachliche und politische Ressourcen verfügt, ist die gemeinsame Artikulation von Interessen der Bewohner/innen erheblich schwieriger.

5. Systematische Benachteiligung auf Wohnungsmärkten

Die Folgen dieser ökonomischen und politischen Rahmenbedingungen der



Wohnungsversorgung bewirken eine zunehmende soziale und räumliche Polarisierung in den Städten. Insbesondere der Zugang und die Qualität der Wohnungsversorgung wird einer Abhängigkeit der ökonomischen Ressourcen der Bewohner/innen unterworfen.

So führen freifinanzierte Neubauten und Modernisierung regelmäßig dazu, dass die besseren (neuen) Wohnungen den höchsten Preis haben und ärmere Haushalte an die älteren, meist preiswerteren und oft schlechteren Wohnungsbestände verwiesen werden. Auch unabhängig von den sozialen und emotionalen Kosten einer Verdrängung aus angestammten Nachbarschaften führt diese Struktur zu der Herausbildung eines Zweiklassenwohnens: Reiche wohnen wo sie wollen – Arme wo sie müssen.

Der durch den Markt systematisch hervorgerufenen Mangel an preiswerten Mietwohnungen verschärft sich durch die wachsende Konkurrenz in diesem Teilsegment des Wohnungsmarktes. So hat beispielsweise in vielen Städten durch die demografischen Veränderungen (Zunahme der Kleinsthaushalte) die Nachfrage nach kleinen Wohnungen erheblich zugenommen. Effekt dieser erhöhten Nachfrage sind die deutliche steigenden Mieten bei den Neuvermietungen.

Im Zusammenhang mit systematischen Benachteiligungen beim Zugang zur Wohnungsversorgung sind auch diskriminierende Praktiken von Wohnungsverwaltungen und Eigentümer/innen bei der Wohnungsvergabe zu nennen. So zeigen Studien aus verschiedenen Städten, dass nicht-deutsche Wohnungsbewerber/innen in einigen Stadtteilen (unabhängig von ihren Einkommenssitutionen) bei der Wohnungsvergabe benachteiligt werden. Auch Hartz-IV-Haushalte sind durch die beschränkte Übernahme der Unterkunftskosten und die zeitlichen Verzögerungen bei den Wohnungsbewerbungen durch die Zustimmungspflicht der Jobcenter gegenüber anderen Wohnungsbewerber/innen benachteiligt. Auch im privaten (Unter)Vermietungsgeschäft sind ärmere Haushalte etwa durch das Angebot von teilweise üppigen Vermittlungsprämien einem ungleichen Wettbewerb ausgesetzt.

6. Sozialorientierte Stadtpolitik heißt Dekommodifizierung und Vergesellschaftung

Welche Schlussfolgerungen sind aus diesen Bedingungen der Wohnungsversorgung zu ziehen – welche Voraussetzungen hat eine soziale Stadtpolitik? Ganz allgemein lässt sich das Programm einer sozialen Organisation der Wohnungsversorgung als *Dekommodifizierung* und *Vergesellschaftung* beschreiben.

Dekommodifizierung also das Herauslösen der Wohnungsversorgung aus den Marktlogiken kann dabei als Ziel und Maßstab für die Bewertung wohnungspolitischer Programme und Regelungen verstanden werden. Ganz grundsätzlich lassen sich drei zentrale Steuerungsmedien für einen staatlichen bzw. kommunalen Eingriff in die Wohnungsversorgung benennen:

- *Geld* (z.B. Förderprogramme, die langfristig preiswerte Wohnungen sicherstellen oder Belegungsbindungen aus den Wohnungsmärkten herauslösen. Notwendig wäre meines Erachtens eine Diskussion über einen Neuen Sozialen Wohnungsbau)
- *Recht* (Mietrecht, Baurecht, Städtebaurecht können durch Auflagen und Genehmigungsvorbehalte auch soziale Ziele fixieren – in der Praxis wird jedoch meist eine Liberalisierung der gesetzlichen Regulationsinstrumente durchgesetzt)
- *Eigentum* (Eigentum an Grundstücken z.B. für einen preiswerten (Miet)Wohnungsbau nutzen; kommunale Wohnungsbestände für eine soziale Wohnungsversorgung benachteiligter Haushalte nutzen – auch hier weist die Praxis der Privatisierung und Ökonomisierung leider ins Gegenteil einer sozialen Stadtpolitik)

Als zweiten Aspekt einer sozialorientierten Stadtpolitik hatte ich das Stichwort der *Vergesellschaftung* benannt. Gemeint ist damit zunächst vor allem die Entmachtung der beschriebenen Immobilien-Verwertungs-Koalitionen und eine Re-Politisierung der Stadtpolitik im Sinne einer gemeinsamen und öffentlichen Debatte und Entscheidung über gemeinsame und öffentliche Belange.

In einer weitergehenden Perspektive kann *Vergesellschaftung* auch als die Übernahme der Verfügungsgewalt von Wohnungen in eine Bewohnerselbstverwaltung verstanden werden. Modelle für solche Selbstverwaltungsstrukturen gibt es bisher nur in den gesellschaftlichen Nischen von Wohnprojekten (wie z.B. dem Mietshäuser Syndikat), die durch ein hohes Maß an kultureller und sozialer Exklusivität gekennzeichnet sind. Hier gilt es verallgemeinerbare Perspektiven zu entwickeln.

In der Praxis einer sozial orientierten Stadtpolitik werden *Dekommodifizierung* und *Vergesellschaftung* nicht auf einen Schlag durchsetzbar sein. Als Maßstab des eigenen Handelns bieten sie jedoch eine sinnvolle Orientierung bei der Formulierung von Forderungen und Vorschlägen und Programmen.

Vortragsmanuskript von Andrej Holm für die Veranstaltung vom 21.09.2010 Hamburg! Gerechte Stadt. | Hamburg wächst – alle dabei?

SOLIDARITY BEYOND BORDERS
BUILDING DEMOCRACY FROM BELOW
EUROPAWEITE AKTIONSTAGE
15. - 25. MAI 2014
#DEMOCRACY #SOLIDARITY #COMMONS
17. Mai
Berlin
Düsseldorf
Hamburg
Stuttgart

MARSCH FÜR DIE FREIHEIT
MARCHE POUR LA LIBERTÉ
MARCH FOR FREEDOM
STRASBOURG - BRUSSELS
MAY & JUNE 2014
WWW.FREEDOMNOTFRONTEX.NOBLOGS.ORG

alle oder nirgends!
urban struggles and freedom of movement
buko.36 in leipzig
29.05. - 01.06.2014

Antifee
Festival für
feministische Gesellschaftskritik
6. und 7.
Juni 2014
Campus Uni
Göttingen
antifee.de

Mai 14

Fr.	2.5.	22:00	Mash Up Di Place
Sa.	3.5.	22:00	LesBiSchwule Mottoparty
Di.	6.5.	21:00	Subklub Konzert: Paranoiz
Fr.	9.5.	18:00	Infoveranstaltung: „Tag der Deutschen Zukunft“ in Dresden versenken (7.6.14)
Fr.	9.5.	22:00	Die Disco - Musik der Alhambra-Freitags-Disco aus den ersten Jahren
Sa.	17.5.	22:00	MÄNNERfabrik
Fr.	23.5.	18:00	Antifa-Festival ‚Break the Silence‘
Sa.	24.5.	16:00	Antifa-Festival ‚Break the Silence‘
Sa.	31.5.	23:00	Rosa Disco

Juni 14

Fr.	6.6.	22:00	Mash Up Di Place
Sa.	7.6.	22:00	Homophilias - Party für Lesben und Schwule
Fr.	13.6.	21:00	PunkAplatz Ska-Konzert
Sa.	21.6.	22:00	MÄNNERfabrik
Do.	26.6.	22:00	Fachscaftsparty SoPäd
Fr.	27.6.	21:00	Fat Hoschi Konzert
Sa.	28.6.	23:00	Rosa Disco

Wöchentlich:

Mo.	20:30	Antifa-Cafe
Di.	20:00	Subklub
Mi.	20:00	Theatergruppe
Do.	20:00	Vokü, danach Kneipe
Do.	21:00	Oldenburger Rechtshilfe

Monatlich:

1. Mi.	20:00	FrauenLesbenInterTrans*-Kneipe
3. Mi.	21:00	Punkkneipe
2. Fr.	20:30	Alhambra-NutzerInnenplenum

Infoladen roter strumpf:

Montags	17-19 h
Dienstags	16-19 h
Donnerstags	18-21 h